

Der Volksstaat

Abonnementspreis:
für Preußen incl. Stempelsteuer 17 Sgr., für die übrigen Deutschen Staaten 12 1/2 Sgr. pro Quartal,
pro Monat 4 1/2 Sgr.
Für Leipzig und Umgegend pro Quartal 13 Sgr.
Fiskalexpeditionen für die Vereinigten Staaten:
F. A. Sorge,
Box 101 Hoboken, N. J.
via New York.
G. A. Schneider,
155 W. Lake Chicago (Ill.)

Erscheint wöchentlich 2 Mal in Leipzig.
Bestellungen nehmen alle an Postanstalten und Buchhandlungen des In- und Auslandes an.
Für Leipzig nehmen Bestellungen an:
die Expedition, Gobestraße 4, die Genossenschaftsbuchdruckerei, Zeigerstraße 44, Peterstraße 18.
H. Müller, Papierstraße 8b, III.

Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der internationalen Gewerkschaften.

Nr. 3. Mittwoch, 8. Januar. 1873.

Abonnements auf den „Volksstaat“
Für den Monat Januar zu 4 1/2 Neugroschen werden bei allen sächsischen Postanstalten, für Leipzig bei der Expedition Gobe Straße 4, wie in der Genossenschaftsbuchdruckerei Zeigerstraße 44, dann Peterstraße 18 und bei Colporteur Müller, für die Umgegend von Leipzig bei den Fiskalexpeditionen: für Volkmar-S. Dorf, Reudnitz, Neuschönefeld etc. bei D. Stelzer, Reudnitz, Kapellengasse 11, 2 Tr., für Plagwitz und Lindenau etc. bei dem Uhrmacher Meinhard in Lindenau, für Connewitz etc. bei Teubner, Bornaische Straße 197, für Kleinschöcher und Umgegend bei Fleischer, Nr. 87 daselbst entgegengenommen.
Außerhalb Sachsens kann nur auf Januar und Februar zu gleich bei den Postanstalten abonniert werden.
Die Expedition des „Volksstaat“.

An die Parteigenossen!
Blid auf! Ein neues Jahr liegt vor uns. Neue Agitationen, neue Kämpfe, neue Erfolge soll es uns bringen; neue Versammlungen werden nicht ausbleiben, wir fürchten sie nicht. Als Neujahrsgruß können wir unsern Parteigenossen die erfreuliche Thatsache berichten, daß die eifrigen Bestrebungen treuer und bewährter Mitkämpfer nicht erfolglos gewesen sind; noch in den letzten Wochen des verfloffenen Jahres haben sich eine Anzahl neuer Mitgliedschaften organisiert und eine Reihe neuer Orte haben unserer Organisation neue tüchtige Kräfte, der Partei zahlreiche eifrige Mitglieder zugeführt.
Als Vertrauensmänner der neuzugewonnenen Orte sind erwählt für: Bischofswerda: Ernst Petermann, Erfurt: Michael Reindick, Elberfeld: Robert Schrenk, Ostro: Gustav Mißbach, Gleibitzsch: J. B. Bach, Gersdorf-Gleibitzsch: August Kahl, Köthen: Fritz Aug. Wöber, Königberg: Kreuznach: J. Hochgärtel, Leuterdorf: Joh. Wilh. Aurich, Pörrach: Louis Schüge, Olberhan: Wilhelm Neubert, Seesen: Klinge, Stadtoldendorf: Plagge, Tübingen: Fesenmeier. Der Anschluß einer großen Anzahl anderer Orte steht in nächster Zeit bevor.
Mögen die Parteigenossen überall bestrebt sein, für Ausbreitung und Kräftigung der Organisation in gleich reger Weise zu wirken, die Parteidisziplin zu fördern, und für regelmäßige und pünktliche Erfüllung der Pflichten Sorge zu tragen.
Eifer, Ausdauer und Opferwilligkeit — Eigenschaften, die unsere Partei im höchsten Grade besitzt, und als berechnete Eigenheiten allen andern Parteien voraus hat — werden auch im neuen Jahre alle Hindernisse beseitigen helfen, und uns dem Ziel unserer Bestrebungen, Beseitigung der Klassenherrschaft und mit dieser Beseitigung der heutigen kapitalistischen Produktionsweise (Anhebung des Menschen durch den Menschen) — wenn auch langsam und unter stetem Kampf, aber um so sicherer näher bringen.

Auch die erste Vorbedingung dieses Kampfes — soll er erfolgreich geführt werden — die so schmerzlich vermiste und von allen ehehellen und ehrenhaften Mitkämpfern schärflich erhoffte Einheit und Einigkeit der deutschen sozialdemokratischen Arbeiter, beginnt zur That zu werden und naht sich der Verwirklichung. Die Zeichen mehren sich, daß das von seinen Beherrschern geknechtete, von seinen Nebenmenschen ausgebeutete Proletariat, der Degerereien der Arbeiter müde und nicht länger gewillt ist, die besten Kräfte im gegenseitigen Brüderkampfe nutzlos aufzureiben, sondern vereint und in festgeschlossener Phalanx den gemeinsamen Feinden, den Gegnern der Befreiung des Proletariats aus den Fesseln der Lohnsklaverei, entgegenzutreten entschlossen ist.
Wir sagen, diese Zeichen mehren sich, und wir glauben nicht, daß wir uns täuschen.
Mögen auch Einzelne dagegen sein, mögen auch noch Wochen und Monden darüber hingehen, ehe diese Zeichen feste Form und Gestalt annehmen, ehe diese Einigung sich vollzogen, und die deutsche Sozialdemokratie wie ein Mann, stark und kräftig dastehend und einheitsförmig wird mit „ehernen Sandalen“, zertretend die falschen Freunde, die den Einigungsbestrebungen hindernd entgegen sein wollen.
Hamburg, den 4. Januar 1873. Der Ausschuss:
E. Frey, Vorsitzender. Th. Nord, Sekretär.

Wie die Bourgeoisie die Wohnungsfrage löst.
Von Friedrich Engels.
III.
In Wirklichkeit hat die Bourgeoisie nur Eine Methode, die Wohnungsfrage in ihrer Art zu lösen — das heißt, sie so gut lösen, daß die Lösung die Frage immer wieder von Neuem erzeugt. Diese Methode heißt: „Hausmann“.
Ich verweise hier unter „Hausmann“ nicht bloß die spezifisch-bonapartistische Manier des Pariser Hausmann, lange, gerade und breite Straßen mitten durch die engegebauten Arbeiterviertel zu brechen, und sie mit großen Lutzgebäuden an beiden Seiten einzufassen, wobei neben dem strategischen Zweck der Erschwerung des Barrikadenkampfes noch die Heranbildung eines von der Regierung abhängigen, spezifisch-bonapartistischen Bauproletariats, und die Verwandlung der Stadt in eine reine Lutzstadt beabsichtigt war. Ich verweise unter „Hausmann“ die allgemein gewordene Praxis des Brechelegens in die Arbeiterbezirke, besonders die central gelegenen

unserer großen Städte, ob diese nun durch Rücksichten der öffentlichen Gesundheit und der Verschönerung, oder durch Nachfrage nach großen centralgelegenen Geschäftslökalen, oder durch Verkehrsbedürfnisse, wie Eisenbahnanlagen, Straßen u. s. w., veranlaßt worden. Das Resultat ist überall dasselbe, mag der Anlaß noch so verschieden sein: die standalösesten Gassen und Gäßchen verschwinden unter großer Selbstverherrlichung der Bourgeoisie von wegen dieses ungeheuren Erfolgs, aber — sie ersetzen anderwärts sofort wieder, und oft in der unmittelbaren Nachbarschaft.
In der „Lage der arbeitenden Klasse in England“ gab ich eine Schilderung von Manchester wie es 1843 und 1844 ausah. Seitdem sind durch Eisenbahnen, die mitten durch die Stadt gehen, durch Anlegung neuer Straßen, durch Errichtung von großen öffentlichen und Privatgebäuden, manche der schlimmsten, dort beschriebenen Districte durchbrochen, bloß gelegt und verbessert worden, andre wegen dieses ungeheuren Erfolgs, aber — abgesehen von der seither schärfer gewordenen gesundheitspolizeilichen Aufsicht — in demselben oder gar in schlimmerem danklichen Zustand sich befinden als damals. Dafür aber sind, Dank der enormen Ausdehnung der Stadt, deren Bevölkerung seitdem um mehr als die Hälfte gewachsen, Bezirke die damals noch lustig und reinlich waren, jetzt ebenso verbaud, ebenso schmutzig und überfüllt mit Menschen wie damals die verurtheilten Stadttheile. Hier nur ein Beispiel. In meinem Buch schilderte ich Seite 80 und folgende eine in der Thalsohle des Flusses Medlock gelegene Häusergruppe, die unter dem Namen Klein-Irland (Little Ireland) schon seit Jahren den Schandfleck von Manchester gebildet hatte. Klein-Irland ist lange verschwunden; an seiner Stelle erhebt sich jetzt, auf hohem Unterbau, ein Bahnhofsgebäude; die Bourgeoisie wies prunkend auf die glückliche, entgültige Beseitigung von Klein-Irland hin, wie auf einen großen Triumph. Nun erfolgt im verfloffenen Sommer eine gewaltige Ueberschwemmung, wie denn überhaupt die eingedämmten Flüsse in unsern großen Städten aus leicht erklärlichen Ursachen von Jahr zu Jahr größere Ueberschwemmungen veranlassen. Da findet sich denn, daß Klein-Irland keineswegs beseitigt, sondern bloß von der Südseite von Oxford Road nach der Nordseite verlegt ist, und noch immer florirt. Hören wir die Manchester „Weekly Times“ vom 20. Juli 1872, das Organ der radikalen Bourgeoisie von Manchester:
„Das Unglück, das die Bewohner der Thalmiederung des Medlock am vorigen Samstag überfiel, wird hoffentlich eine gute Folge haben: daß die öffentliche Aufmerksamkeit gelenkt wird auf die handgreifliche Verspottung aller Gesetze der Gesundheitspflege, die nun schon so lange vor der Nase der städtischen Beamten und des städtischen Gesundheits-Ausschusses dort geduldet worden. Ein derber Artikel in unserer gestrigen täglichen Ausgabe hat, nur noch zu schwach, den schmachlichen Zustand einiger der Kellerwohnungen bei Charles Street und Brookstreet enthüllt, die von der Ueberschwemmung erreicht wurden. Eine genaue Untersuchung eines der in jenem Artikel genannten Höfe befähigt uns, alle dort gemachten Angaben zu bestätigen, und zu erklären, daß die Kellerwohnungen in diesem Hof längst hätten geschlossen werden sollen: richtiger, man hätte sie nie als menschliche Wohnungen dulden sollen. Squire's Court wird von sieben oder acht Wohnhäusern an der Ecke von Charles Street und Brookstreet gebildet, über die der Wanderer, selbst an der niedrigsten Stelle von Brookstreet, unter dem Eisenbahnbogen, Tag für Tag hinweggehen kann ohne zu ahnen, daß menschliche Wesen in der Tiefe unter ihm in Höhlen wohnen. Der Hof ist dem öffentlichen Blick verborgen, nur zugänglich denen, die das Glend zwingt, in seiner grabähnlichen Abgeschlossenheit ein Unterkommen zu suchen. Selbst wenn die meist stöckenden, zwischen Wehren eingedämmten Gewässer des Medlock ihren gewöhnlichen Stand nicht überschreiten, kann der Fußboden dieser Wohnungen nur einige Zoll über ihrem Spiegel sein; jeder tüchtige Regenschauer ist im Stande, eckelhaft sauliges Wasser aus den Verschlüßern oder Abzugsröhren in die Höhe zu treiben und die Wohnungen mit den Pfahnen zu vergiften welche jedes Ueberschwemmungswasser zum Andenken hinterläßt. Squire's Court liegt noch tiefer als die unbewohnten Keller der an Brookstreet stehenden Häuser. Zwanzig Fuß niedriger als die Straße, und das verpestete Wasser, das aus den Verschlüßern am Samstag emporgetrieben wurde, reichte bis an die Dächer. Wir wußten dies und erwarteten daher den Hof unbewohnt, oder nur von den Beamten des Gesundheits-Ausschusses besetzt zu finden, um die stinkenden Wände abzuwaschen und zu desinficieren. Statt dessen sahen wir einen Mann, beschäftigt in der Kellerwohnung eines Barbiers. . . einen Haufen faulenden Urin, der in einer Ecke lag, auf eine Schubkarre zu schaufeln. Der Barbier, dessen Keller schon ziemlich ausgefüllt war, schickte uns noch tiefer hinab, zu einer Reihe von Wohnungen von denen er sagte: wenn er schreiben könnte, würde er an die Presse schreiben und auf ihrer Schließung bestehn. So kamen wir endlich nach Squire's Court, wo wir eine hübsche, gesund aussehende Irländerin fanden, die alle Hände voll mit der Wäsche zu thun hatte. Sie und ihr Mann, ein Privat-Nachtwächter, halten seit 6 Jahren in dem Hof gewohnt, sie hatten eine zahlreiche Familie. . . In dem Hause, das sie eben verlassen hatten, war die Fluth bis dicht ans Dach gestiegen, die Fenster waren zerbrochen, die Möbel ein Trümmerhaufen. Der Bewohner, sagte er, habe das Haus nur dadurch in erträglichem Verwichenstand halten können, daß er es alle zwei Monate mit Kalk weishte. . . Im inneren Hof, wohin unser Verächterstatts jetzt erst vordrang, fand er drei Häuser, mit der Rückwand an die eben beschriebenen angebaut, wovon zwei bewohnt waren. Der Gestank war dort so akhseulich, daß der gesundeste Mensch nach ein paar Minuten fehrkrank werden mußte. . . Dies widerwärtige Loch war bewohnt von einer Familie von sieben Personen, die am Donnerstag Abend (dem Tag der ersten Ueberschwemmung) alle im Hause geschlafen

hatten. Oder vielmehr, wie die Frau sich verbesserte, nicht geschlafen, denn sie und ihr Mann hatten von dem Gestank den größten Theil der Nacht durch sich erbrochen. Am Samstag mußten sie, bis an die Brust durchs Wasser waten, ihre Kinder hinaustragen. Sie war auch der Ansicht, das Loch sei für ein Schwein (15 Groschen) die Woche — hätte sie es genommen, da ihr Mann wegen Krankheit die letzte Zeit oft verdienstlos gewesen. Der Eindruck, den dieser Hof und die in ihm, wie in ein verfrühtes Grab, eingepferchten Bewohner machen, ist der der äußersten Hilflosigkeit. Wir müssen übrigens sagen, daß nach gemachten Beobachtungen Squire's Court nur ein Abbild — vielleicht ein übertriebenes — mancher anderer Lokalitäten jener Gegend ist, deren Existenz unser Gesundheitsanschau nicht verantworten kann. Und wenn man gestattet, daß diese Lokalitäten fernerhin bewohnt werden, so ladet der Anschau eine Verantwortlichkeit, und die Nachbarschaft eine Gefahr anstehender Epidemien auf sich, deren Gewicht wir nicht weiter untersuchen wollen.“
Dies ist ein schlagendes Exempel, wie die Bourgeoisie die Wohnungsfrage in der Praxis löst. Die Brutstätten der Seuchen, die insamsten Höhlen und Löcher, worin die kapitalistische Produktionsweise unsere Arbeiter Nacht für Nacht einsperrt, sie werden nicht beseitigt, sie werden nur — verlegt! Dieselbe ökonomische Nothwendigkeit, die sie am ersten Ort erzeugte, erzeugt sie auch am zweiten. Und so lange die kapitalistische Produktionsweise besteht, so lange ist es Thorheit, die Wohnungsfrage oder irgend eine andre, das Geschick der Arbeiter betreffende gesellschaftliche Frage einzeln lösen zu wollen. Die Lösung liegt aber in der Abschaffung der kapitalistischen Produktionsweise, in der Aneignung aller Lebens- und Arbeitsmittel durch die Arbeiterklasse selbst.

Politische Uebersicht.
Eine Doppelkomödie, welche so recht charakteristisch ist für unsere heutigen Zustände, spielt sich seit einigen Tagen in der politischen Welt ab. Bei Gelegenheit des Weihnachtstages ließ Pabst Pius der Neunte in Rom eine sogenannte „Allokution“ — Ansprache an die Gläubigen — vom Stapel, in der er sich bitterlich und, in polternd heftigen Worten über die „grausamen Verfolgungen“ beschwerte, „deren Gegenstand die Kirche in anderen Ländern ist, zumal in dem neuen Reiche von Deutschland.“ Kaum hatte der Telegraph diese Allokution nach Berlin getragen, so entstand dort in den Kreisen, welche die öffentliche Meinung anfertigen, eine große Bewegung. Die „Spenerische Zeitung“, das „Frühlingsorgan“ des Kaisers, erhob voll sittlicher Entrüstung die Hände zum Himmel, wehklagend über die Bosheit des Pabstes, der dem Kaiser eine ähnliche Beleidigung zugesagt, wie weiland Benedetti in Ems; das Aktienstück sei so entsetzlich, daß die auf Deutschland bezügliche Stelle nur — in lateinischer Sprache wiederzugeben sei. Demselben Ton stimmte das Leitblatt des Fürsten Bismarck, die „Norddeutsche Allgemeine“ an, welche, mit einem Jaunpfehlwink für die königlichen Staatsanwälte unter frommen Augenverdrehtungen erklärte, es sei ihr unmöglich den sündhaften Passus abzumenden, denn es stehe entschieden Majestätsbeleidigung darin. Und während die zwei offiziellen Blätter sich dieser denunziatorischen Zeremonien befleißigten, ward an die preussischen Polizeibehörden die Ordre geschickt, den ihnen unterstehenden Zeitungen den Abdruck des Passus zu verbieten — beiläufig eine ebenso ungelegliche, als zwecklose Prozedur, denn Präventivmaßregeln gegen die Presse sind in der Verfassung untersagt, und — die Allokution war in mehreren der verbreitetsten preussischen Blätter, z. B. der „Nationalen Zeitung“ und der „Berliner Nationalzeitung“ bereits veröffentlicht worden, ohne daß ein Hahn darnach gekräch hätte. Doch nein, nicht zwecklos. Das Gejammer der „Spenerischen“, der Jaunpfehlwink der „Norddeutschen“, die Ordre an die Polizeibehörden — das Alles hatte einen sehr realistischen Zweck: die Allokution zu einer persönlichen Beleidigung des Kaiser-Königs Wilhelm zurecht zupuffen, wie die „Spenerische“ nach ausgeplaudert hat, zu einer zweiten Benedetti-Affaire!
Der Vergleich ist desperat richtig: der Pabst hat den Kaiser genau so stark beleidigt, wie weiland Benedetti ihn beleidigt hat, nämlich gar nicht.
Und wie vor dritthalb Jahren eine persönliche Beleidigung des Kaisers erfunden werden mußte, um die Bismarck'sche Politik bei Hof durchzusetzen und dem Publikum als Nothwendigkeit aufzutreiben, so jetzt; es gilt auch, jetzt einen Druck auf den Hof auszuüben, wo Strupel sich geltend machen, und das erlahmende Interesse des „Volks“ an der Ragbalderei Bismarck's mit den „Jesuiten“ wo möglich etwas aufzufrischen.
Das ist der löbliche Zweck.
Die Beleidigung des Kaisers ist eine fromme Püße der Bismarck'schen Soldschreiber. Selbst ein sächsischer Staatsanwalt mit der schärfsten Hochverrathbrille auf der Nase, wird in dem corpus delicti fruchtlos nach einer Majestätsbeleidigung sichten. „Die Männer“, welche, fern davon katholische Religion zu üben, sie nicht einmal kennen, und sich doch die Macht anmaßen, die Dogmen und Rechte der katholischen Kirche festzustellen, und welche, im Moment, wo sie dieselbe auf das schärfste verfolgen, nicht ansetzen schamlos zu erklären, daß sie ihr kein Unrecht zufügen — diese „Männer“ mügen vom Pabst „beleidigt“ sein, aber es liegt auf der Hand, daß der Kaiser, an dessen vollkommener Unschuld der Pabst sicher nicht zweifelt, damit nicht gemeint ist. Die einzige Majestätsbeleidigung in dieser Affaire ist von der „Spenerischen Zeitung“ bezugangen worden, die, indem sie auf die Frühstücksstafel des Kaisers eine lateinische Uebersetzung der an-

geblichen Majestätsbeleidigung legte, in majestätsbeleidigerischer Weise insinuirte, daß der Kaiser kein Lateinisch verstehe.

Nun, — der Fasching ist vor der Thüre und Michel wird mit der ihm eigenen Bescheidenheit die ihm vorgespielte Komödie gutfinden.

Doch nicht in Berlin allein spielt man Komödie — auch in Rom. Der Kerger des Papsts über die „Verfolgungen“ in Deutschland ist gerade so erust, wie der Jörn der Berliner Pressepudel über die päpstliche Allokution. Der Papst, dem seine bittersten Feinde einen scharfen Verstand nicht abgeprochen haben, weiß sehr gut, daß die Bismarck'schen „Verfolgungen“ dem Katholizismus nur nützen können. Im Geheimen freut er sich des billigen Märtyrertums, welches der sinkenden Sache der „allein selig machenden Kirche“ wieder etwas anhilft, und dankt dem Fürsten Bismarck für die zu so guter Stunde inszenirten „Verfolgungen“. Nicht minder groß ist die geheime Freude der Bismarck'schen Offizialen und Offizien über die Allokution. Bei Hof war man des Pfaffenfeldzugs sehr müde. Es mußte ein wenig geschürt werden, sonst war ein Veto von Oben gegen die Fortsetzung der Jesuitenkampagne zu befürchten. Für Bismarck ist aber diese Komödie ebenso nützlich wie für den Papst und die Jesuiten, und — darum diese klassische Doppelkomödie. —

Fatale Erinnerungen. Vor einigen Tagen entschlüpfte dem Ermittler Bonapartes, Grammont, die Aeußerung, dem Kaiserreich sei 1870 die Hälfte Oestreichs zugesagt gewesen. Obgleich die Thatsache eine längst und allbekannte war, so stellte sich das Publikum doch sehr verwundert und Herr Grammont theilte hierauf noch mehrere Einzelheiten mit, die auch von Wien aus indirekt bestätigt worden sind. Natürlich wollten sich unsere „Nationalen“ die schöne Gelegenheit nicht entgehen lassen, durch Schimpfen auf Fürsten Bismarck zu ergattern; jedoch der Augenblicklich in schlechter Laune befindliche gestrenge Herr ließ ihnen durch die „Norddeutsche“ ein zorniges Quos ego! zurufen, und beschämt jagen die nationalen Pudel heim, mit dem Schwanz zwischen den Beinen. Wie konnten sie aber auch so dumm sein, und die Erinnerung an die „Nachtseite“ des „heiligen Kriegs“ wachrufen? „Haben nicht andere Staatsmänner ebenfalls Regierungen, mit denen sie jetzt befreundet sind, einst ein Bein gestellt, und sie sogar „ins Herz stoßen“ wollen? bemerkte die „Norddeutsche“ erklärend. Und jetzt Oestreich reizen! Es ist wirklich zu unpolitisch für „Staatspolitiker!“ Doch Spaß bei Seite. Was uns an dieser ganzen Geschichte allein interessiert, das ist die wieder einmal zu Tage tretende bodenlose Verlogenheit und Unehrlichkeit, welche in dem Verber der Regierungen mit einander obwaltet. Zur selben Zeit, da die Oestreichische Regierung Bonaparte ihrer Hälfte versicherte, behauptete sie Bismarck ihre unabänderliche Freundschaft; und Bismarck, der den wahren Sachverhalt (gleich Jedermann sonst) sehr wohl durchschaut, hat als ob er die Lügen für baare Münze nähme, und — zahlte in ähnlicher Münze zurück. Bei der neulichen Kaiserzusammenkunft mochten die betreffenden Leute einander die freundlichsten Gesichter von der Welt, Fürst schlägt sich, Fürst verkrätzt sich. —

Um die Bedeutung der Ernennung Roon's zum preussischen Ministerpräsidenten abzuschwächen, hatten die Nationalliberalen ausgeprengt, Roon sei bloß Alterspräsident, und, mit Ausnahme einer Titelveränderung, bleibe Alles beim alten. Der Trost war ein kurzlebiger. Roon ist in der auffälligsten, demonstrativsten Weise vom Kaiser zum Ministerpräsidenten und Feldmarschall ernannt worden, und zugleich enthalten die offiziellen Blätter die Mittheilung, daß das verprochene Gesetz für Einführung der Civilehe vorerst nicht eingebracht werden wird. Das ist so deutlich, daß selbst Nationalliberale es nicht mißverstehen können. Indes, gute Miene werden sie doch zum bösen Spiele machen. Es gilt von ihnen, was (irren wir nicht) Rey einst von Metternich sagte: Wenn der Kerkel mit seinem ewigen Lächeln vor Einem steht, und es gibt ihm Jemand einen tüchtigen Fußtritt auf den H... so merkt man ihm am Gesicht nichts an.“ Auch den Nationalliberalen merkt man nichts an. —

Noch einmal Emil Lindenberg. Der Leser erinnert sich wol noch aus unsern letztwöchigen Nummern dieses Lieblings der Hohenzollern, der neulich vom Schwurgericht wegen schwerer gemeiner Verbrechen verurtheilt worden ist. Vor 14 Monaten noch hatte dieser traurige Geselle mit einer unglaublichen Frechheit der öffentlichen Meinung Trost bieten können. In Nr. 273 der „Volkzeitung“ von 1871 finden wir bei Durchsichtung unserer Redaktionsmappe Folgendes:*)

„Der brave Lindenberg erfreut uns mit folgender Zuschrift: „Neutomyhl, 17. Nov. (Berichtigung.) In Nr. 523 der „Pof. Ztg.“ (Morgenausgabe) vom 8. November cr., welche mir wegen schwerer Krankheit erst heute zu Gesicht gekommen ist, befindet sich eine, angeblich der „Volkzeitung“ entlehnte, mich betreffende Mittheilung, in welcher ich als Agent aus der Manteuffel'schen Reaktionsperiode bezeichnet werde und in der ferner gesagt wird, daß der Kreislandrath Baron von Nichthoffen meiner Thätigkeit ein Ziel gesetzt habe, indem er gegen meine Amtsführung eingeschritten und ich von der Regierung zu Posen vom Amte suspendirt worden sei. Es wird ferner in dieser Mittheilung gesagt, daß die gegen mich eingeleitete Kriminal-Untersuchung, in der es sich um Amtsverbrechen handele, eine nicht geahnte Ausdehnung nehme. Hierzu bemerke ich berichtigend, daß ich allerdings am 16. v. Mts. ohne jede Angabe eines Grundes vom Amte suspendirt bin und daß ich noch bis heute nicht erfahren habe, weshalb dies geschehen ist. Außerlich habe ich nur vernommen, daß der Kreislandrath überall im Kreise umher gefahren ist, ja selbst Leute auf der Straße angehalten hat, um Indizien gegen mich zu sammeln, wie denn derselbe überhaupt vom ersten Tage meines Dienstantritts am hiesigen Orte, der gegen seinen Willen erfolgt ist, gegen mich eingenommen gewesen ist und wiederholt vor zwei Jahren schon zu Personen, die ich namhaft machen kann, geäußert hat, er werde nicht eher ruhen, als bis er mich vom Amte bringe. Es sind in Folge dessen eine Menge Zeugen vor Gericht vernommen worden, von denen ein großer Theil gar nichts hat auszusagen können. Was die angeblichen „Amtsverbrechen“ und die nicht geahnte Ausdehnung der Untersuchung“ betrifft, so sind sie wol nur die Wünsche und existiren nur im Kopfe eines Menschen, dessen boshafte Tücke und Gehässigkeit gegen Jedermann zur Genüge bekannt ist und sehe ich mit Ruhe dem gerechten Urtheil der zuständigen Richter entgegen, bis zu dem die rege Theilnahme, die

mir von Stadt und Land zu Theil wird, mir zum Trost und zur Beruhigung dient.

Königl. Distrikt-Kommissarins.“ Die reine Unschuld! Ist doch dem Biedermann seiner Zeit von einem preussischen König eine Anerkennung für seinen „Patriotismus“ geworden! —

Gambetta hat jetzt (vor der Untersuchungskommission der Aste der Septemberregierung) münchwendig eingestanden, daß er als Minister und Diktator seine ganze Energie auf die Lahmlegung der revolutionären Kräfte geworfen hat. Mit diesem Selbstgeständnis — dessen Inhalt uns bis dato zweifelhaft schien — ist uns die Pflicht gegeben, einen Mann zu rehabilitiren, der sich zu Anfang des Krieges von 1870 viele Gegner innerhalb unserer Partei erzeugt hat, weil er gegen Gambetta so rücksichtslos ankämpfte. Wir meinen den General Cluseret, dessen vor Mitte September 1870 an die „Marcellaise“ gerichteter Brief sowohl gegen diese, als ihn selber einen allgemeinen Sturm des Unwillens unter den Pariser Revolutionären erregte, und den wir hiermit aus Nr. 75 des „Vollstaats“ von 1870 abdrucken; er lautet:

„Herr Gambetta, der Kandidat von Belleville,*) beginnt seinen neuen Verbündeten von der Chaussee d'Antin (den Royalisten) Bürgerchaften zu geben. Er hat gestern ein Dekret publizirt, durch das er das Volk von der Nationalgarde ausschloß. Nur die bewaffneten Nationalgardien sollen bei der Offizierswahl stimmen, sagt das Dekret; und da man nur die Bourgeois, Bonapartisten oder Feiglinge bewaffnet hat, haben sie allein Stimme und wählen folglich die Offiziere. Das Volk ist, wie unter dem Kaiserreich, nur gut zu produziren und sich tödten zu lassen für die, welche verzehren. „Schweigen dem Armen!“ sagte die Julimonarchie; „Zurück die Kanaille!“ sagt Herr Gambetta, der Erwählte des Volkes.

Und die Preußen stehen vor den Thoren von Paris. Und die Prinzen von Orleans sind drinnen.

Und die Municipalgardien mit geladenen Waffen erwarten in ihren Kasernen das Signal.

Und die Polizeipräfectur in den Händen Kératry's und Paris in den Händen Trochu's, wie auch die Armee. Die Armee, Paris, die Polizei, die Verwaltung in den Händen der Orleans; der Cultus und der Unterricht in den Händen der Republik.**)

Auf baldiges Wiedersehen: ihr Polizeimittel, ihr Kerker, du Verbannung!

Indem er das Volk von der Nationalgarde ausschloß, indem er es als verächtlich behandelte, ebenso wie die Mobilgarde, hat Gambetta mehr für Wilhelm gethan, als Steinmetz. Er hat sich wol verdient gemacht um Preußen — mag das Volk sagen, ob auch um das Vaterland!

Soweit jener Brief. Bei dieser Gelegenheit sei auch davon Notiz genommen, daß Cluseret die separatistischen Londoner sogenannten „Blanquisten“, die sich von der Internationale los gesagt haben, weil der Haager Kongreß ihre unsinnige Barrikadenrevolution nicht ohne Weiteres in Verachtung ziehen wollte, sehr entschieden (in der „Egalité“) in ihre Schranken verwiesen hat. Wir kommen wol darauf noch zurück. —

Das Einzige Blatt in Paris, welches die Unterdrückung des „Corsaire“ gut heißt, wenigstens sie nicht tadelnswerth findet, ist die „Republique française“, das Organ des Herrn Gambetta. Man sieht an diesem Musterchen, wessen man sich von diesem honneten Republikaner zu versehen hätte, falls er, was sein Ideal, Thiers' Nachfolger werden sollte. —

Nach einer Notiz des in solchen Dingen wohlunterrichteten „Figaro“ sollen demnächst wieder 3 Communeverurtheilte erschossen werden. Nur zu! Das Maß füllt sich!

Zur Wahl Bebel's.

Aus dem „Glauchauer Wochenblatt“ druckt die „Chemnitzer Freie Presse“ ein Eingekand ab, das wir nebst den treffenden Commentaren der „Chemnitzer Freien Presse“ hier wiedergeben. Bemerkte sei noch, daß das „Chemnitzer“ und selbstverständlich auch das „Leipziger Tageblatt“ begierig nach dem dargereichten Bissen schnappten. Das „Eingekand“ hebt also an: „Eine neue Reichstagswahl für unsern Wahlkreis steht nahe bevor. Es gilt jetzt, zu zeigen, daß wir nicht gewillt sind, uns im deutschen Reichstag durch einen Mann vertreten zu sehen, der ein erklärter Feind dieses deutschen Reiches ist; durch einen Mann, der — indem er seine Sidnworte vom Auslande empfängt — (diese nichtswürdige Lüge hat das Geschreibsel dem „Tageblatt“ augenscheinlich ganz besonders empfohlen) Alles, was uns heilig und theuer ist: das Vaterland, die Religion, die Ehe, den gesicherten Besitz zu erschüttern und in den Staub zu werfen bemüht ist. Wenn da die Herren Bourgeois nicht Gänsehaut bekommen, dann haben sie das Gesehnel noch nicht gelernt. Wir haben indessen unsere Freude über diebürgerliche Angst, die von Tag zu Tag so wächst, daß der Verstand immer mehr zusammenschrumpft. Wir wollen durch einen Mann vertreten sein, der das deutsche Vaterland aufrichtig liebt, und dessen Fortschreiten auf den Bahnen der Ordnung und Freiheit („Freiheit, die ich meine“ nicht wahr, lieber Bourgeois!) die Freiheit, den Arbeitern die Haut über die Ohren zu ziehen!) zu unterstützen entschlossen ist, durch einen Mann, dem das Wohlergehen Aller und nicht das Interesse einer Klasse am Herzen liegt. (Ohne etwas Heuchelei geht's nach Bismarck nicht.) Und wir haben solche Männer und es wird hoffentlich nicht unmöglich sein, in unserem eigenen Wahlkreise einen zu finden, der dies Ehrenamt mit Treue und Aufopferung übernehmen würde. (Herzlich, ein Opferlamm wird sich außerhalb des Wahlkreises auch nicht finden.) Die Möglichkeit, auf einen solchen Mann die Majorität der Stimmen zu vereinigen, ist auch diesmal viel größer, als bei den früheren Wahlen. („Wenn die Hoffnung nicht wär, dann lebt ich nicht mehr.“) Die scharfen Gegensätze der Parteien sind verschwunden, der nationale Krieg hat uns Alle unser großes deutsches Vaterland lieben gelehrt und die bedeutenden Fortschritte in der Gesehgebung haben in Allen den lebhaftesten Wunsch erweckt, dieses große, wahrhaft zivilisatorische Werk nicht stören zu lassen, sondern einer immer schöneren Vollenbung entgegenzuführen. Also vorher liebet Ihr Euer Vaterland nicht? Erst seitdem es Bismarck'sch ist? (Aha!) Darum frisch ans Werk! Wenn Jeder, dem das Wohl des Vaterlandes, wie der Gesellschaft am Herzen liegt, bei der bevorstehenden Wahl seine Schuldigkeit thut, so kann der Erfolg nicht zweifelhaft sein.“ (Der ist allerdings nicht zweifelhaft.)

Glauchau, 5. Januar. Endlich ist ein Gegenkandidat für Bebel gefunden. Am Donnerstag Abend wurde in einer Bezirkscomitéung der vereinigten gegnerischen Parteien der Bezirksgerichtsdirektor Peholdt in Glauchau als Kandidat proklamirt. Herr Peholdt war schon in der Reichstagswahl im Herbst 1867

*) Eine der revolutionären Arbeitervereine von Paris.
**) Das war allerdings eine Täuschung. Jules Simon zeigte sich schließlich noch jämmerlicher als die anderen Minister. Red. d. Volkss.

Gegenkandidat Bebel's und hiel glänzend durch, sein Schicksal wird diesmal kein andres sein. Herr Peholdt — der als Beamter allgemeine Achtung besitzt — gehört zur national-conservativen Partei und nimmt also die richtige Mittelstellung ein, um Nationalliberalen und Particularisten, wenn solche überhaupt noch existiren, auf sich zu vereinigen. Von unserer Seite wird die Agitation mit größter Energie betrieben, wir wollen einen ordentlichen Sieg haben.

Warnung. In Nr. 100 von 72 theilt der seitdem verhaftete Parteigenosse August Rahn mit, daß ihm bei der Hausdurchsuchung 178 Briefe konfisziert worden seien.

Wir sind dessen gewiß, daß unter diesen 178 auch nicht ein kompromittirender Brief sich befindet; unsere Partei plant nicht Strafbares und hat keine Geheimnisse, vor deren Enthüllung sie sich fürchten brauchte. Gleichwol müssen wir die Parteigenossen ermahnen, sich keine Briefschaften oder sonstige Manuscripte in nützer Weise anzubewahren; und zwar nicht etwa, weil in unsere Parteibriefen Dinge vergraben liegen, die das Licht der Welt scheuen brauchen; sondern weil der Fund von Manuscripten — und mögen diese noch so harmlos oder werthlos sein — bei Untersuchungsgefangenen unnötigerweise die Haft um Wochen und Monate verlängern kann. Das Durchlesen von Manuscripten — namentlich unleserlichen und unverständlichen — ist eine eben langwierige wie langweilige Arbeit, der sich man nicht immer geunterzieht. Nimmt man hierzu, daß ein Untersuchungsrichter der Regel mehrere Untersuchungen auf ein Mal zu führen pflegt, so wird es einleuchten, daß die Untersuchungsgefangenen politisch Gefangenen, bei dem viele Briefschaften vorgefunden werden, nie von allzu kurzer Dauer sein kann. Dem außer dem Untersuchungsrichter hat noch die Staatsanwaltschaft in das ganze Material Einsicht zu nehmen, theilweise auch der Gerichtsvorstand — und selbst beim redlichsten Willen aller dieser Beamten, die Sache zu beschleunigen, läßt sie sich in solchen Fällen nicht wenigen Stunden abmachen. Verbrenne man also lieber alle Manuscripte, deren Aufbewahrung nicht unumgänglich gebot erscheint! Man erspart dadurch sich und Andern viele unnütze Unannehmlichkeiten!

Einer, der durch Andere Lehrgeld bezahlen mußte.

Zur Harmonielehre.

Betreffs der Differenz zwischen den Arbeitern und Arbeitgebern von Südwaales erfahren wir aus dem letzten „Bechivo“ noch Folgendes: Montag, den 13. Dezember fand in Werthbr e Meeting von Delegirten der verschiedenen zu der Vereinigten Arbeiter-Assoziation (Amalgamated Association of Miners) gehörigen Zweiggesehschaften statt, dem auch Herr Mundella, bekannte für Einigungsämter und Schiedsgerichte agitirende Fabrikarbeiter wohnte. Aus den Berichten der Delegirten erhellte, daß die Gruben- und Eisenwerkbefitzer sich allgemein gegen ein schiedsrichterliches Verfahren erklärt hätten, und zwar zum Theil in dem Bemerkten: es läge gar nichts vor, worüber ein Schiedsgericht zu entscheiden haben könnte; sie sähen gar keinen Streitpunkt, d. h. schiedsrichterliche Schlichtung bedürfte. (They were not aware there was anything to arbitrate upon.) Die Phrase ist zu deutlich; sie kann bedeuten:

„Wir sehen überhaupt keinen Streitpunkt; daß wir die Löh um 10 Prozent herabsetzen, ist etwas selbstverständliches — wo sind die Arbeiter da, als uns zu bereichern? Sie haben sich einfach zu fügen. Von einem „Streitpunkt“ kann man nur reden wenn „Streitende“ da sind. Streiten bedingt aber bis zu einem gewissen Grade Gleichberechtigung der Streitenden. Wir streiten nicht mit unseren „Händen“; wir beschlen, sie haben zu gehorchen, und nicht nach Gründen zu fragen: stat pro ratione voluntas — es ist unser Wille und damit Basta!“

Die Frage kann zweitens bedeuten:

Ein Streitpunkt liegt zwischen uns vor; wir haben eine Lohreduktion angekündigt, die den Arbeitern begreiflicherweise nicht angenehm ist. Allein, indem wir das gethan, haben wir nur vi unferem „heiligen“ und „ewigen“ Recht, dem Arbeiter das Ma anzuzulassen, Gebrauch gemacht. Das ist ein Recht, über welches nicht diskutirt werden kann. Gleich dem Königthum von Gotte gnaden steht das Kapital von Gottesgnaden über der Diskussion. Ein Schiedsgericht würde unser Recht in Diskussion bringen unsere Einwilligung zu einem Schiedsgericht würde die Einwilligung zu einer Diskuturung unseres Rechts einschließen, und damit hält wir prinzipiell und thatsächlich unser Recht preisgegeben. A kein Schiedsgericht! Widerlegen die Arbeiter sich der Ausübung unseres Rechts, gut, so gestaltet sich die Rechtsfrage zur Nachfrage: der Kampf beginnt, und wir werden sehen, wer steg wird, der volle Magen und volle Geldbeutel oder der leer Magen und leere Geldbeutel.“

Wie immer die Herren Gruben- und Eisenwerkbefitzer es meint — ob die erste oder die zweite Auslegung ihrer Antwort die richtige — in beiden Fällen war die Antwort der Ausfluß des ektusiven Geldprozenhochmuths, der den Arbeiter als zur Slaverei gebor ansieht, und ihm die Gleichberechtigung brutal abspriicht. Und e ärgerer Fußtritt konnte der Harmonielehre nicht verfeht werde für die auch Herr Mundella schwärmt. Er hatte einen schwer Stand. Doch nach längerer Rede gelang es ihm, die Delegirten zu einem abermaligen Vorschlag schiedsrichterlicher Beilegung u zur Zurücknahme ihrer Gegenforderung einer 10prozentigen Lohrehöhung zu bewegen.

Mit welchem Resultat, das ist im Moment, wo wir d schreiben, noch nicht bekannt. Die in voriger Nummer mitgetheilte telegraphische Nachricht scheint darauf hinzudeuten, daß auch die neue Versuch einer gütlichen Schlichtung an der Unterdrückung wuth der Herren Arbeitgeber gescheitert ist. Dieselben hab übrigens noch ganz besondere Gründe zu schroffstem Vorgehen geg ihre „Hände“: die Kohlenpreise sind in letzterer Zeit niedergegangen weil ungeheure Vorräthe vorhanden sind und der milde Winter den Consum eingeschränkt hat. Brüche jetzt ein großer Streik aus, so würden die Kohlenpreise rasch in die Höhe geh und die Herren Grubenbesitzer würden ein vorzüglich Geschäft dabei machen. Es ist wahr: 70,000 Familien wä auf Wochen dem äußersten Elend überliefert — indeß was v schlägt das dem feinsten Kapital? Der Champagner schmeckt n um so besser, wenn der Gedanke ihn würzt, daß da draußen 11 zählliche herumschleichen, die des Nothwendigsten entbehren. So nun einmal „die beste der möglichen Welten.“

Gewerksgenossenschaftliches.

Internationale Metallarbeiter-Gewerkschaft.

Bürnberg, 31. Dezbr. Bekanntlich hatte am 15., 16. u 17. Juni 1872 der Gewerkschaftskongreß in Erfurt getagt, u nebenbei hatte die Generalversammlung der Internationalen Metall-

*) Die Redaktion des „Vollstaats“ bewahrt sich in der Regel solche Kleinigkeiten, die, obgleich für den Augenblick bedeutungslos oder unverständlich, doch einen Zukunftswert haben könnten, auf, um sie in geeigneten Fällen benutzen zu können. Daraus erklärt sich unser vorliegender Fund. Diese Notiz möge zugleich eine Verabigung für diejenigen unserer Korrespondenten sein, deren Mittheilungen, bez. Zeitungsauschnitts-Zusendungen aus irgend welchem Grunde nicht allsogleich verwertet werden konnten.

Correspondenzen.

Berlin, 3. Januar. Der Artikel in Nr. 1 des „Vollstaats“ „Etwas für das sächsische Justizministerium“ gibt mir Veranlassung, Ihnen eine interessante Mittheilung über eine Unterhaltung zu machen, der einer meiner Bekannten kürzlich hier bewohnte. In einer Gesellschaft, in welcher sich auch ein Abgeordneter des preussischen Landtags und des Reichstags befanden, drehte sich die Unterhaltung unter anderem um die soziale Frage. Naturgemäß kam das Gespräch auch auf die Verfolgungen gegen die Sozialdemokratie, den Leipziger Hochverrathsprozess und die Hubertusbürger Gefangenen. Der erwähnte Abgeordnete betheiligte sich sehr lebhaft an der Debatte und sprach sich dahin aus, daß nach seiner Ueberzeugung die sächsische Regierung z. B. das Urtheil im Leipziger Hochverrathsprozess für ungerecht halte. Er führte als Beweis für seine Behauptung folgendes an: „In der letzten Session des Reichstags habe er sich mit mehreren Abgeordneten, unter denen auch der königl. sächsische Generalstaatsanwalt Dr. Schwarze gewesen sei, über den Leipziger Hochverrathsprozess unterhalten. Einer der Abgeordneten habe dabei gegen den Generalstaatsanwalt geäußert: „Ihm sei das Urtheil des Schwurgerichts unbegreiflich“; darauf habe der königlich sächsische Generalstaatsanwalt vertlegen die Achsel gezuckt und geantwortet: „Mir ist es auch unbegreiflich“. Diese Erzählung machte in der Gesellschaft große Sensation, und ich glaube Ihnen einen Dienst zu erwiesen, wenn ich Ihnen den Vorfal zur Veröffentlichung im „Vollstaats“ mittheile.

Wir sind unserm Herrn Korrespondenten für seine Mittheilung sehr dankbar; bekennen aber, daß uns die Aeußerung des sächsischen Generalstaatsanwalts gar nicht überrascht hat. Wir kennen den Mann besser und wissen, wessen wir uns von ihm und den leitenden Persönlichkeiten in Sachsen zu versehen haben. Für uns hat die obige Mittheilung nur in so fern ein besonderes Interesse, als sie dokumentirt, daß die Anschauung des Herrn Generalstaatsanwalts vor und nach dem Prozeß dieselbe geblieben ist. Wir veröffentlichten in der Nr. 27 des vorigen Jahrgangs unter anderem Folgendes, das bis heute unwiderlegt geblieben ist: „Daß eine Verurtheilung auch in den höchsten Kreisen der sächsischen Justizbeamten für eine juristische Unmöglichkeit gehalten wurde, beweist eine Aeußerung des Generalstaatsanwalts Dr. Schwarze, desselben Generalstaatsanwalts, der es sich, gleich seinem Chef, dem Justizminister Avelen, nicht verdröhen ließ, mehrere Male während des Prozesses und namentlich am letzten Tage, wo die Entscheidung fiel, herbeizueilen, um zu hören, zu sehen und — zu helfen. Es war vor jetzt einem Jahre — wenn wir nicht irren am 23. März, — bei der Eröffnung des „ersten“ deutschen Reichstags. Die Reichsboten, unter ihnen Herr Generalstaatsanwalt Dr. Schwarze, sind in Landsmannschaften gruppiert, aufgestellt im weißen Saal des preussischen Königspalastes. Fürst Bismarck tritt herein, geht auf den sächsischen Generalstaatsanwalt zu und redet ihn ungefähr mit den Worten an: „Nun, Herr Generalstaatsanwalt, was wird denn aus dem Prozeß Bebel und Genossen. (Die Angeklagten saßen damals noch in Untersuchungshaft). Der Herr Generalstaatsanwalt Dr. Schwarze zuckt die Achseln und antwortet: „Gar nichts wird.“ Darauf repliziert Bismarck unwillig: „Dann hätte man auch die Leute nicht einstecken sollen; jetzt fällt das Oidium des Prozesses auf uns.“ Spricht's und läßt den verdugten Herrn Generalstaatsanwalt stehen. Wenige Augenblicke danach nähert sich der sächsische Finanzminister, Herr von Friesen, dem Reichstagsabgeordneten Professor Birnbaum aus Lützenau bei Leipzig und sagt zu ihm: „Da hat unser Schwarze wieder einmal eine große Dummheit gemacht.“ Ist das nicht löstlich? Und doch wird der Prozeß nach Verlauf eines vollen Jahres noch in Szene gesetzt und es gelingt, die Haupt-Angeschlagenen, auf die es abgesehen war, zu verurtheilen.

Fiât justitia, pereat mundus! Nach dieser Mittheilung wird sich unser Berliner Herr Korrespondent und werden sich auch die Leser des „Vollstaats“, denen sie neu ist, über Herrn Dr. Schwarze und die sächsische Regierung klar sein. Wer sich näher über sächsische Gerechtigkeitspflege orientiren will, dem empfehlen wir die Schrift A. Roedel's: „Sachsen Erhebung und das Zuchtthaus zu Waldheim“, Frankfurt a. M., Verlag von C. Adelmann, 1865. Roedel war betheiligte am Dresdener Maiaufstand 1849 und hat 13 Jahre als politischer Gefangener im Zuchtthaus zu Waldheim gesessen. Was er veröffentlicht, drückt der sächsischen Regierung für ewige Zeiten das Brandmal auf. Das Verhalten der sächsischen Regierung damals bildet den Schlüssel für ihr heutiges Verhalten; wer es vermag, der sollte sich die Schrift anschaffen. Wir empfehlen sie namentlich allen Arbeiter-Bibliotheken. Die Red. d. Vollst.

Leipzig, 3. Januar. Unsere Dresdener Parteigenossen, insbesondere aber die Redakteure des „Dresdener Volksboten“, erfreuen sich von Seite der Polizei einer Aufmerksamkeit, die lebhaft an die staatsverräterischen Thaten unsers Polizeidirektor Wäcker erinnert. „Unsere Polizei“, schreibt der „Dresdener Volksbote“ unterm 20. Dezember v. J., „und den verantwortlichen Redakteur des „Dresdener Volksboten“ gestern Abend cito zur Publikation einer Verordnung und befehlt ihm gleich in Haft. Dies zur Warnung für diejenigen, welche in ähnlicher Weise zitiert werden und auf ein längeres Verweilen daselbst sich einzurichten nicht für nöthig halten sollten. Das Weitere folgt, vorläufig theilen wir einen von ihm uns zugegangenen Brief aus dem Gewahrsam mit: „Hinter der Frauenkirche, Abends gegen 6 Uhr, 18. Dez. 1872. Lieben Freunde! Die heutige polizeiliche Verladung hatte zum Zweck, mir einen ministeriellen Befehl zu eröffnen, nach welchem meinem Einspruch, betreffs der Strafe wegen der Annonce „Glück und Segen etc.“, nicht nachgegeben wurde. Es wurde mir weiter eröffnet, daß ich die Strafe von 7 Tagen Gefängniß sofort antreten müßte und daß, wenn ich die 5 Thaler Strafe nicht bezahlte, ich dieselben mit noch weiteren 5 Tagen abzusitzen hätte. Meinem Einspruch dagegen, daß ich die Strafe augenblicklich nicht antreten könne, weil das Geschäft dadurch leide, indem Wäcker ebenfalls in Haft wäre, wurde nicht stattgegeben. So habe ich nun das Glück, „Weihnachtsferien“ zu genießen; sorgt dafür, daß ich die Zeit nicht müßig todschlagen muß, schick mir Bücher, also geistige Nahrung. Eure Dackner.“ Und das Weitere ist, daß Dackner nach Verbüßung seiner Polizeihaft an das königl. Bezirksgericht abgeliefert und von diesem in Gewahrsam genommen wurde. Im folgenden Briefe gibt uns Dackner die Motive an, die das königl. Bezirksgericht veranlaßten, ihn in Haft zu nehmen. Der Brief lautet: „Bezirksgerichtsgefängniß, den 27. Dez. 1872. Lieber Wäcker! Ich befinde mich nun seit Mittwoch Abend im königl. Bezirksgerichtsgefängniß. — Unglaublich, aber doch wahr. Die Polizeidirektion hat nämlich beschlossen, mich nach Verbüßung der Haft sofort auszuweisen, ob auf ewige Zeiten, kann ich augenblicklich nicht sagen. Diesen ihren Rathschluß theilte sie dem königl. Bezirksgerichte mit, worauf dasselbe es für gut fand, mich in seine

zärtliche Umarmung, d. h. in Untersuchungshaft zu nehmen. Als Grund meiner Inhaftnahme von Seite des Bezirksgerichts gibt dieses an, daß mir durch die Ausweisung das Mittel geboten würde, durch die Flucht der mir zuerkannten Festungshaft zu entgehen. Ich habe auf Urlaub angetragen, um wenigstens die dringendsten Geschäfte zu ordnen, die meiner Verantwortung übergeben sind, der mir aber nicht gestattet wurde. Hieraus habe ich Beschwerde eingelegt, deren Resultat ich noch erwarte. Aus diesem wirst Du ersehen, daß eine Unterredung zwischen uns und Weiden nöthig ist, weshalb ich Dich bitte, sobald es Dir möglich ist, mich zu besuchen. Mit Gruß Dein Dackner.“ (gelesen v. Brück, Aff.) „Aus diesen wenigen Zeilen“, sagt der „Dresdener Volksbote“, „tritt der ganze Rechtszustand, in dem sich der Reichsbürger gegenüber der Polizei, in Dresden wenigstens, befindet, ganz nackt vor vor die Augen. Die Aufnahme einer Potterie-Annonce, die in Preußen, Bayern, Württemberg mit 1 Thaler Strafe bestraft wurde, wird von der königl. Polizeidirektion zu Dresden zu gleicher Zeit mit 7 Tagen Haft, 5 Thlrn. Strafe und Ausweisung bestraft, dies Alles unter den Augen des Ministers des Innern und des versammelten Landtages! Und dabei behauptet die königl. Staatsanwaltschaft auch noch, wir seien gebügelt! Der deutsche Reichstag wird durch uns Gelegenheit bekommen, darüber nachzudenken, was er gethan, als er den Polizeibehörden eine Befugniß, Reichsangehörige auszuweisen, gelassen hat; desgleichen wird es nachgerade Allen einleuchten, daß der Polizei alle und jede Strafbefugniß genommen werden muß, wenn wir gesicherte Rechtszustände erhalten wollen, und mindestens muß die Zulässigkeit der Appellation an die richterliche Entscheidung solcher Strafweise die gebührenden Schranken setzen. Wie andererseits aber Einer der Flucht verdächtig werden kann, weil ihn die Polizei ausweisen will, dies und andere Rechtsbetrachtungen später.“

Leipzig, 4. Januar. Uebereinstimmend mit der Ansicht verschiedener Fachvereine der Buchbinder etc., daß die lokale Vereinigung zur Wahrung der Interessen der Arbeiter gegen die Bedrückungen des Kapitals nicht genüge, daß vielmehr eine einheitliche Organisation aller Buchbinder hierzu nothwendig sei, beschloß der Leipziger Buchbinderverein, Nürnberg-Fürth zu veranlassen, zur Schaffung einer solchen Organisation die nöthigen Schritte einzuleiten. Daraus hat sich Nürnberg bereit erklärt, zu Ostern einen Kongreß der Buchbinder zu berufen.

Kollegen! An Euch, die Ihr schon länger vereinigt seid, wird es liegen, ob der von uns gemachte Vorschlag zur Abhaltung eines Kongresses in Nürnberg zur That wird. Der Leipziger Buchbinderverein wird seine Schuldigkeit thun.

Indem wir nochmals alle Kollegen auffordern, bis Ostern soviel wie möglich Vereinigungen in den einzelnen Orten zu gründen und die Frage des Kongresses zur Gründung einer allgemeinen Organisation, gründlich zu erörtern, zeichnet mit Gruß H. Richter.

Leipzig. Die Nummer 51 des „Botschafter“ bringt an der Spitze eine sehr warm geschriebene, und von dem Schreiber unterzeichnete Erklärung Frigische's zu Gunsten der Einigung der deutschen Arbeiter. Sonderbarer Weise sind gleich auf der folgenden Seite die jüngsten Unfläthereien des „Neuen Sozialdemokrat“, enthaltend die boshaftesten Beschimpfungen der sozialdemokratischen Arbeiterpartei abgedruckt, ohne ein Wort, welches Mißbilligung des Inhalts andeutete. Und, noch sonderbarer Weise, ist der Artikel, dem diese Unfläthereien einverleibt sind, von „Frigische“ unterzeichnet. Ob der „F. W. Frigische“, der diesem Artikel unterzeichnet hat, wol ein und dieselbe Person ist mit dem „F. W. Frigische“ jener Erklärung zu Gunsten der Einigung? Wir haben zwar nie von einem zweiten „F. W. Frigische“ gehört, können aber andererseits auch nicht glauben, daß ein und dieselbe Person in ein und derselben Zeitungsnummer zwei so total verschiedene Gesichter zeigen kann.

Leisnig. (Zur Lage der Mühlenarbeiter.) Die „Mühle“, Organ des Verbandes deutscher Müller und Mühleninteressenten, verhandelt in Nr. 7 die neuesten Fortschritte im Mühlenwesen. Mühlenarbeiter! Einer herrlichen Zukunft geht Ihr entgegen, wenn alle diese frommen Wünsche sich verwirklichen, welche durch die „Mühle“ veröffentlicht worden sind. Einige Punkte dieser neuesten Mühlenordnung verdienen veröffentlicht zu werden. Artikel 2 sagt: „Jeder Arbeiter hat sich den Anordnungen seiner Vorgesetzten unbedingte zu unterziehen.“ So einfach dieses nun auch klingen mag, in diesem „Unbedingte“ liegt aber ein Hintergedanke, wie er bezeichnender gar nicht sein kann. Ein Fall sei hier erwähnt, der zu seiner Zeit Aufsehen erregt haben würde, wenn er nicht in einer großen Mühle vorgekommen wäre. Bekanntlich hat in einer Mühle jeder Arbeiter seine bestimmte Arbeit. So müssen u. A. jeden Morgen alle Faszen des Räderwerks geschmiert werden, dabei ist aber die größte Vorsicht nothwendig. Der damit beauftragte darf nur einen Fehltritt thun und er ist verloren oder für immer ein Krüppel; der hier in Rede stehende scheint dieses gewohnt zu haben, denn er wurde von dem hinzugelommenen Werkführer eine „feige Memme“ gescholten, und ihm von demselben gleichzeitig befohlen, auf einen sehr gefährlichen Platz zu treten. Eine Widerrede hat gewöhnlich eine sofortige Entlassung zur Folge. Um nun in der Arbeit zu bleiben, mußte der betreffende Arbeiter den Anordnungen des Werkführers „unbedingte“ nachkommen; einen Augenblick später — und das Unglück war geschehen, der eine Arm war gänzlich vom Dampfe getrennt; und anstatt, wie es von seiten des Werkführers Pflicht gewesen wäre, helfend herbeizueilen, ergriff er im Ogehenthel die Flucht; und als sich später einige Kollegen mitleidig äußerten, wurden dieselben durch diesen Handlanger zur Ruhe gewiesen unter den Worten, daß noch genug Mülleburschen in der Welt herumläufen, und daß im Jahre 66 so Mander um seine gesunden Glieder gekommen wäre, ohne daß sich ein Mensch darum gekümmert hätte u. s. w.“ Und dieser Fall steht nicht etwa vereinzelt da, nein, durchaus nicht; denn selten vergeht eine Woche, wo nicht die Lokalblätter von derartigen Unglücksfällen berichten.

Artikel 3 des gedachten prächtigen Entwurfs sagt: „Die Arbeitszeit und die Oh- und Ruhezeiten werden von den betreffenden Vorgesetzten bestimmt.“ — Ob nun 18 oder 24, 36 oder 48 Stunden, bleibt sich gleich; ganz wie es dem Herrn Werkführer gefällt.

Artikel 5. „Feiertage, an welchen sämtliche Werke stehen, sind: Charfreitag, der erste Ofter-, Pfingst- und Weihnachtstesttag.“ Sonntage giebt es sonach für Euch Mühlenarbeiter nicht. Ihr müßt unaufhörlich arbeiten, arbeiten, daß Schweiß und Blut in Strömen fließt; nicht sollt Ihr genießen, nein, für Euch giebt es keine freie Natur, für Euch giebt es keinen Frühling, nicht dürft Ihr sehen das Hervorbrechen der Knospen und Blüthen. Ihr müßt todt sein für die Welt, denn Eure Arbeitgeber wollen es so haben. Ihr müßt arbeiten, denn die noblen Passionen sind heut zu Tage sehr töspiselig, diese Herren sind ja an ein anderes Leben gewöhnt als Ihr, sie leben und genießen, dafür glauben sie sich geschaffen und Ihr — Ihr müßt arbeiten.

arbeiterschaft stattgefunden, wo eine Kommission niedergesetzt wurde, mit dem Auftrage, so bald als möglich Statuten-Änderungen vorzunehmen, welches auch geschehen. Aber der Ausschuß fand es für gut seinen eigenen, anstatt den Kommissionsentwurf, an die Mitgliedschaften zu versenden, wie wir uns den vor etwa 6 oder 7 Wochen uns zugeschieden Ausschussungs-Protokollen nebst Statuten-Vorlagen gesehen haben. Die Kontrollkommission in Berlin hat dieser Verzögerung in der Versendung von Statuten dadurch ein Ende gemacht, daß sie die alten Statuten wieder drucken ließ, und die Abänderungen bis zur nächsten ordentlichen Generalversammlung verschoben, was uns ganz angenehm war, da wir glaubten, dem Mangel an Statuten jetzt abhelfen zu können. Wir hatten uns aber getäuscht, denn nach dreimaligem Verlangen nach Statuten haben wir nicht einmal eine Antwort erhalten. Jetzt wissen wir nicht mehr, an wen wir uns halten sollen. Ich habe in meinem letzten Briefe so schnell wie möglich um Statuten oder eine Antwort gebeten, habe aber von beiden nichts gehört und gesehen, und weil mir vom Ausschuß bis dato weder Statuten noch eine Antwort zugegangen sind, so kann ich nicht anders, ich muß im „Vollstaats“ anfragen, ob vielleicht unser Ausschuß nicht mehr existirt oder ob derselbe seinen Wohnsitz irgend wo anders aufgeschlagen hat. (Es ist Pflicht der Chemnitzer Parteigenossen, den Ausschuß der Internationalen Metallarbeiterchaft ganz energisch auf seine Pflicht aufmerksam zu machen. Derartige Sammelgelenken untergraben nicht nur das Vertrauen zur Leitung, sie stellen die Gewerkschaft überhaupt in Frage. R. d. B.) Die Bevollmächtigten werden in jeder Versammlung von den Mitgliedern gefragt, ob noch keine Statuten da sind, und jedesmal muß mit Nein geantwortet werden, was unsere Sache gewiß nicht fördert. Wie es bei uns in Nürnberg ist, wird es anderswo auch sein. In Nürnberg können wir schon seit mehreren Wochen kein Mitglied mehr aufnehmen, denn wir haben weder Statuten noch Karten, und wenn sich Jemand meldet zur Aufnahme, so verlangt derselbe Statuten; es können aber keine verabreicht werden. Wir wünschen, daß uns sobald als möglich Aufnahmematerial, Karten oder Statuten zur Verfügung gestellt werden, denn so wie in letzter Zeit kann die Sache nicht länger fortgeführt werden. Anstatt Mitglieder zu gewinnen, wird die Zahl derselben geringer. Der Bevollmächtigte.

Allgemeiner deutscher Schneiderverein.

Chemnitz, 2. Januar. Nachdem in Nr. 93 und Nr. 98 des „Vollstaats“ vom vorigen Jahre die Aufforderung zur Neuwahl der Bevollmächtigten ergangen, veröffentlichten wir hiermit das Resultat, wobei wir diejenigen Bevollmächtigten, welche bis jetzt noch keine Neuwahl angezeigt haben, für wiedergewählt betrachten. Bremen: C. Kühn; Bayreuth: A. Lauterkorn; Berlin: A. Keimann; Braunschweig: A. Müller; Fürth: B. Wolf; Frankfurt an der Oder: Blandow; Leipzig: W. Stumpf; Nürnberg: Mafek; Stade: J. Lindloh; Würzburg: Herbig; Regensburg: Rid; Schweinfurt: J. Imhof; Passau: Landscherr; Pirna: A. Gränder; Chemnitz: Thiele. Breslau und Frankfurt a. M. sind in Constatuirung begriffen. Da statutengemäß die Abrechnung bis zum 15. d. Mts. erfolgen muß, so eruchen wir die Mitgliedschaften, diesem pünktlich nachzukommen, denn nur die gegenseitige Pflichterfüllung kann die Existenz unserer Organisation befestigen und erweitern.

Kollegen allerorts! Unsere Nürnberger Berufsgenossen werden eine rege Agitation über ganz Bayern unternehmen und deshalb gleichsam eine Filiale von Gründungsmaterial errichten. Dieselben beabsichtigen nächstes Frühjahr die Tagarbeit einzuführen. Wir eruchen Sie daher, den Bezug von Nürnberg schon jetzt fern zu halten, aber auch diesem Vorhaben nachzugeben und brüderlichst zur Seite zu stehen. Ferner bitten wir, uns sobald wie möglich Adressen einzusenden, indem wir Ende dieses Monats einen Aufruf erlassen werden.

Wie es scheint, steht die Organisation der Fachvereine noch in Ferne, und wäre es daher dringend nothwendig, sich der Centralorganisation anzuschließen, um nicht eine Desorganisation und Dezentralisation herbei zu führen. Unsere Lösung sei, die centrale Organisation und nur die centrale Organisation. Der Ausschuß: G. Schöffel, Geschäftsführer.

Allgemeiner deutscher Sattlerverein.

Berlin, 1. Januar. Der unterzeichnete Vorstand erlaubt sich den Mitgliedschaften den von der Kontrollkommission geprüften und richtig befundenen Bericht über Stand und Ausbreitung und über die Kassenverhältnisse des Vereins vorzulegen: Berlin, (3. Wirths, Alexandrinenstr. 116), Thlr. 52 27 —; Hamburg, (W. F. Flachobart, Jänischstr. 2), 4 — —; Dresden, (G. Wiener, Gr. Brüderstr. 7 III.), 18 27 5; München, (Herd. Preßtel bei Haf, Gastwirth zum Kräper, nächst der Schrammenhalle), 10 15 —; Hannover, (A. Nisch, Gartenstr. 27), 5 25 —; Elberfeld, (R. Turtheim, Harmoniestr. 9), 5 20 6; Köln, (A. Könen, Deug, Kirchstr. 5), 14 4 6; Koidsdorf b. Bonn, (S. Kehl, Sattler), 9 26 6; Offenbach, (G. Kreg, bei Mehl, Waldstr. 3), 12 20 1; Stuttgart, (A. Storg, Sittenbergstr. 44), 26 24 9; Karlsruhe, (Gherberger bei Hoffattler in Müng 3 7 6; Bosen, (A. Wötcher, Oberstraße 51), 3 23 6; Straßburg, (H. Ibsch, Feggasse 11, Gasthof zum Baum), 5 — —; Braunschweig, (A. Welle, Rosenhagen 9), fehlt; Coblenz, (Alexander Wäsche, Rastorhof 13), fehlt; Lübel, F. Arp, (Fleischhauerstr. 83), fehlt; Summa der Einnahmen Thlr. 173 11 9.

Ausgabe für Porto, Material, Entschädigung, Annoncen, Drucksachen an Spring und Stenographie Thlr. 110 25 6; Schulden an Brade in Braunschweig für Festprogramm und Protokolle, durch deren Verkauf aber 30 Thlr. erzielt wurden Thlr. 43 15 —; Summa der Ausgaben Thlr. 154 10 6, Bestand Thlr. 19 1 3.

Die in Klammern beigefügten Namen sind die der Vertrauensmänner. — Arbeitsnachweisbureau befinden sich in Berlin Krausenstr. 11 bei Rolfs, in Hamburg Rosenstr. 23, in München Herd. Preßtel, bei Haf, Gastwirth zum Kräper nächst der Schrammenhalle, in Hannover Sattler Frei, Wagenfabrik von Herz, Kalenbergstraße, in Stuttgart Rekarstr. 36b bei Sälzle.

Aus obigem Bericht ersehen Sie, daß der Verein trotz der schwierigsten Verhältnisse sich immer mehr und mehr entwickelt und als lebensfähig erweist. Verein gehören 16 der größten Städte Deutschlands dem Verein an und mit andern stehen wir behufs Anschlusses in Briefwechsel. Es ist genügende Aussicht vorhanden, daß binnen Kurzem keine größere Stadt in Deutschland sein wird, in welcher nicht eine Mitgliedschaft unseres Vereins besteht. Dahin muß es aber auch kommen, wenn er seine Aufgabe lösen will und es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes, darauf hinzuwirken. Indem wir den Vertrauensmännern mittheilen, daß in Kurzem ihnen ein detaillirter Kassenbericht brieflich zugehen wird, fordern wir diejenigen, welche mit den Geldern an die Hauptkasse noch in Rücksicht sind, auf, diese baldmöglichst einzusenden. Mit kollegialischem Gruß: Der Vorstand.

Artikel 8 lautet ungefähr dahin, daß der Arbeiter die ge-
mäßige Kündigung frist genau innezuhalten hat, während die Ar-
beitgeber ihren Arbeiter zu jeder beliebigen Zeit fortzagen
können. Nun, dieses war schon längst eingeführt, und wie oft die
Herren auf die gräßlichste Art und Weise in dieser Beziehung gegen
die Landesgesetze verstoßen haben, zeigen die Akten der verschiedenen
Gerichtshöfe.

Dieser Entwurf einer Mühlenordnung, der, beiläufig bemerkt,
aus 14 Punkten besteht, ist eines der erbärmlichsten Madawerke,
welches die Neuzeit in dieser Branche geleistet hat.

Altona. Als hier in letzter Versammlung des Allgemeinen
deutschen Arbeiter-Vereins das Schweizer'sche Manifest besprochen
wurde, war eine nicht geringe Minorität ganz entschieden für die
Schweizer'schen Einigungs-Vorschläge. Diese und die übrigen
Elemente der hiesigen Mitgliedschaft des Vereins, die auch die
Mittel zum Druck des Flugblattes hergaben, betreiben die Agitation
ganz ernsthaft, und wenn, wie der „Neue Sozialdemokrat“ schreibt,
der Bevollmächtigte des Maurervereins berichtet habe, daß nur
etwa 30 Personen dahinter stehen, so ist das einfach falsch und
diese Fälschung sowohl als der altonaer Bericht über die erwähnte
Versammlung im „Neuen Sozialdemokrat“ nur darauf berechnet,
die andern Arbeiter über die Bedeutung der Opposition zu täuschen.
Gegen die Vereinigung sind eigentlich nur die Agitatoren und
deren Anhang.

Trotzdem dürfte die hier stattfindende Vorstanderversammlung
doch immerhin die Waagschale momentan gegen die Vereinigung
herabdrücken, insofern weniger im Stande sein, die einmal geschaffene
Aufregung sofort zu ersticken, und die herrschende Mißstimmung zu
besänftigen, und zwar um so weniger, als es absolut unmöglich
sein dürfte, die Opponenten auszuschließen.

Frankfurt a. M., 30. Dezbr. Wir können hier im Allge-
meinen zufrieden sein; der „Volkstaat“ gewinnt immer mehr
Abonementen und die Personen, die der sozialdemokratischen Arbeiter-
partei beitreten, sind überzeugungstreue und harren aus. Die Stein-
drucker hatten eine Lohnbewegung, deren Ausgang wir noch nicht
bekannt ist. Die Brauer gingen mit ihren Forderungen etwas zu
rasch vor, natürlich sind sie das erste Mal abschlägig beschieden
worden. Nun, ein andermal wird der Erfolg wohl besser sein.
Hinterdrein haben die Brauereibesitzer doch den Lohn erhöht, freilich
nur wenig, aber das Wenige wäre ohne den Brauergehilfenverein
wahrscheinlich auch nicht zugelegt worden. Eine der nächsten Auf-
gaben des Vereins der Brauergehilfen ist jetzt die Vorbereitung
und Einrichtung einer Unterstützungskasse. In der Kassenfabrik
von Hammeran haben sämtliche Arbeiter die Herabsetzung der
Arbeitszeit auf 8 1/2 Stunden täglich verlangt, auf den Bescheid
hin ich neugierig. Ein lokaler Schneiderverein und eine Mitglieds-
schaft des Allgemeinen Schuhmacher-Vereins sind gegründet. So-
wohl im Verein der Schneider als im Brauerverein ist der Ver-
trauensmann unsrer Partei, Th. Kalb, thätig und gibt sich viele
Mühe dabei.

Serbom, 6. Dezember. Auf der hiesigen Eisengießerei, Firma
Kenny & Neisenrath (bekannt wegen ihrer Fabrikordnung, s. „Volk-
staat“ im Fabrikantenzeitung von 1869 — und wegen ihres Ver-
fahrens gegen den Parteigenossen W. Schmidt von 1871) waren
die Arbeiter schon seit längerer Zeit unzufrieden, theils mit der
Fabrikordnung und theils mit dem geringen Lohn. Vor einiger
Zeit nun traten die Arbeiter eines Tages zusammen und stellten
Forderungen, denen die beiden Prinzipale aufs Freundlichste ent-
gegenkamen. Sie sollten nur ein Comité wählen, was sich mit
ihnen in Verbindung setze, dann seien sie bereit, Alles in Güte
zu ordnen. Das Comité wurde gewählt und die Forderungen
schriftlich eingereicht, aber alles blieb beim Alten. Wenn auf Er-
ledigung der Sache gedrungen wurde, kam stets die Antwort, die
Herren hätten noch keine Zeit dazu gehabt. Durch diese Verzö-
gerungen immer mehr gereizt, machten die Arbeiter vor ca. 3 Wochen
eines Montags „blauen“ und ließen sich Bier und Brantwein
aufs Werk holen, worauf Herr Neisenrath kam und die Flaschen
zerwarf, sowie die Arbeiter, welche theils angetrunken waren, sammt
und sonders hinauswies. Einige gingen, Andere nicht, weshalb
Neisenrath in seiner Angst aufs Amt lief und Hilfe begehrte, welche
ihm auch sofort wurde. Die 2 hiesigen Gendarmen glaubten sich
jedoch zu schwach und riefen telegraphisch ihren Wachtmeister von
Dillenburg. Nach dessen Eintreffen begaben sie sich aufs Werk,
arrestierten dort einen Former Georg Sutor, welcher jedoch
nichts gemacht hatte, und da er nicht gutwillig in den Gend-
armeln mitgehen, sondern erst seinen Rod anziehen wollte, so soll
er auch noch von den Diener der Gerechtigkeit Prügel erhalten
haben. Am nächsten Morgen wurde er zwar wieder freigegeben,
aber sofort eine Untersuchung wegen Widerstands gegen die Staats-
gewalt gegen ihn eingeleitet. Das Traurige an der ganzen Sache
ist, daß des andern Morgens die Arbeiter, mit Ausnahme des
Sutor, so feig waren, ihre Arbeit wieder aufzunehmen. — Auf
dem Bürger Eisenwerk haben vor einiger Zeit die Former wegen
Lohnerhöhung einen halben Tag gestreikt, worauf ihnen der Direktor
eine stundenlange Rede gehalten und sie gebeten hatte, doch kein
böses Beispiel zu geben und ihre Arbeit wieder aufzunehmen. Ein
Pfafe hätte die Sache nicht besser machen können. Es half aber
alles nichts. Am andern Morgen wurde die Lohnerhöhung be-
willigt. Die Eisenpreise sind übrigens im Laufe des Jahres um 85%
gestiegen, wogegen der Arbeitslohn noch keine 5%. Die Mensch-
heit wird doch bald sehen, wer die Stricks macht, die Arbeiter
oder die Fabrikanten. — Als Kuriosum will ich Ihnen noch mit-
theilen, daß am 3. v. Mts. ein preussischer Oberlieutenant des
Nachts von mehreren jungen Leuten, mit denen er die ganze Nacht
verkehrt und mit denen er auf Du und Du gestanden, tödtlich
durchgeprügelt wurde. Die Motive zu diesen Prügeln sollen, wie
man sich erzählt, derart sein, daß man solche der Sittlichkeit wegen
nicht zum wiedergeben kann. Die Herborner Parteigenossen.

Bamberg, 17. Dezbr. Herr A. Gögg hielt hier kürzlich einen
Vortrag über die politischen, religiösen und sozialen Zustände
Amerikas. Da Herr Gögg über daselbe Thema bereits an andern
Orten gesprochen und auch diesbezügliche Referate im „Volkstaat“
bereits abgegeben worden sind, so wollen wir, um Wiederholungen
zu vermeiden, von einer Besprechung absehen. Konstatieren wollen
wir aber, daß der Vortrag Gögg's beifällig aufgenommen wurde.

Nürnberg, 30. Dez. Indem wir dem Beispiele der Kölner
Genossen folgen, kommen wir zugleich dem betreffenden Beschlusse
des Mainzer Kongresses nach, daß die Mitgliedschaften von Zeit
Zeit Berichte über den Gang der Agitation einzusenden hätten.
Was die Entwicklung der sozialdemokratischen Bewegung in hiesiger
Stadt betrifft, so begann dieselbe im Jahre 1866 durch die Spal-
tung im alten Schulze'schen Arbeiterverein, aus welchem heraus sich
der Arbeiterbildungsverein entwickelte, dem dann die Gründung
einer Parteimitgliedschaft folgte. Schweizerianer haben wir hier
nie gehabt und die Versuche, welche seiner Zeit von ihnen durch
Grüneberg und Andere gemacht wurden, hier Boden zu fassen,
blieben erfolglos. Die Gegner auf dem Gebiete der Arbeiterbe-
wegung, mit denen wir es deshalb hier hauptsächlich zu thun

haben, sind die Anhänger der Hirsch-Dunder'schen Harmonielehre,
welche in ziemlicher Anzahl vorhanden sind. Jedoch ist die Agi-
tation derselben seit dem Ausblühen der internationalen Gewerk-
schaften bedeutend überflügelt worden, so daß sie trotz der großen
Anzahl von Dringlichkeiten, die sie besitzen, numerisch gegen uns ver-
schwänden. An Gewerkschaften haben wir: die internationale
Metallarbeiter-Gesellschaft, die zwar etwas zurückgekommene Holzarbeiter-
schaft, welche der Hirsch-Dunder'sche Gewerkverein der Schreiner
entgegensteht, die Schuhmachergewerkschaft, den allgemeinen deut-
schen Schneiderverein und die erst kürzlich von uns ins Leben ge-
brachte Mitgliedschaft der Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter
(Bleistiftarbeiter). Außerdem besteht ein Fachverein der Buchbinder,
welcher mit einem Gesamtverband, so bald solcher als lebensfähig
erscheint, in Verbindung treten wird und der Fachverein der Stein-
drucker, aus welchem letzterem sich unsere besten Parteigenossen rekruti-
ren. Bekanntlich existirt ein Hirsch-Dunder'scher Verband der
Steindrucker mit dem Vorort Oera, welcher die hiesigen Kollegen
schon öfters zum Beitritt aufgefordert hat, allein stets vergebens,
weil dieselben sich einmal auf sozialistischer Grundlage organisiert
haben. Gerade nun für solche Fachvereine wäre die Gewerkschafts-
union von großem Nutzen und dürfte es deshalb an der Zeit sein,
endlich einmal in dieser Hinsicht Etwas zu thun. Auch die lokalen
Genossenschaften der Drechsler und Keilseigmacher würden der
Union, in der sie ihre Eigenthümlichkeiten beibehalten könnten,
beitreten.

Auf so gespanntem Fuße wir nun auch mit den Harmonikern
selbstverständlich stehen, so dürfte es doch im nächsten Frühjahr
bei etwa eintretenden Preisbewegungen zu einem lokalen Kartell-
vertrage kommen, um bei derartigen Angelegenheiten handeln zu
können.

Was die Partei-Agitation und -Organisation betrifft, so können
wir von den letzten 6 Monaten die besten Erfolge verzeichnen.
Von der Zeit an, wo wir unser Lokal vom „goldnen Baum“ ins
„Café Merk“ verlegten, in welchem ungefähr 3mal soviel Leute
Platz haben und das auch besser im Zentrum der Stadt gelegen,
wurden die Versammlungen besser besucht; wir bekamen nicht bloß
Gefinnungs-, sondern auch Parteigenossen. Dazu kam die
Agitation unseres Lokals, und die sozialistische Bewegung,
welche durch den Krieg so zurückgekommen war, brach sich auch in
Kreisen Bahn, wo man früher nur achselzuckend oder höhnisch
davon gesprochen hatte. Die Mitgliedschaft hat sich im Laufe des
verfloffenen Sommers mehr als verdoppelt, die Sektion Glais-
hammer, welche seit der Abreise W. schlafen gegangen war, wurde
rekonstituiert und agitatorische Kräfte „auf Verlangen“ auch nach
Fürth abgegeben. Es ist deshalb im höchsten Grade ungerathen-
fertig, wenn der Verfasser des „Mückblat" sagt, trotz der fortwäh-
renden Ankündigung von Volksversammlungen u. s. w. hätten die
Lokalblätter, darunter auch das von Nürnberg-Fürth, noch keinen
Pflaster für die Parteikasse und Organisation gewirkt. Der
Parteiassistent in Hamburg wird zugeben, daß das Einsenden der
Parteiheften aus Nürnberg in den letzten Monaten genau mit
dem Verbrauch des bezogenen Aufnahmestoffes Schritt gehalten
hat und ferner noch bedeutend gesteigert werden wird. Wenn dies
in Fürth vielleicht durch das Zusammenwirken verschiedener eigen-
thümlicher Verhältnisse nicht der Fall sein sollte, so liegt die Schuld
hiervon nicht am Parteiblatt und auch nicht an den Nürnberger
Genossen.

Daß man in Nürnberg ferner die Beschlüsse des Kongresses
so viel als möglich praktisch durchzuführen bestrebt ist, dafür spricht
unter Anderem, daß seit dem Mainzer Kongress circa 50 Partei-
genossen aus den Kirchengenossenschaften ausgetreten und zur freien
Gemeinde übergegangen sind.

Ein Haupthinderniß, besser zu agitieren, sind die vielen Ver-
zögerungsvereine, welche von den sogenannten bessern Klassen auf
alle Weise gefördert werden, um die Massen immer hübsch indifferant
zu erhalten. Der in nächster Zeit hier stattfindende Arbeitertag
wird uns wohl die Mittel an die Hand geben, wieder einmal
einen Hauptschlag gegen die Gleichgültigkeit und den Unverstand
der Massen zu führen und zu gleicher Zeit die Agitation für das
nördliche Baiern besser zu zentralisieren und auf solche Orte aus-
zudehnen, die bisher vom „sozialistischen Gift“ noch unberührt ge-
blieben sind. Hart und steinig ist zwar der Boden in unserer
Umgebung, aber wir werden unsere Schuldigkeit thun und werden
vorwärts kommen. Möge man allwärts dasselbe thun.

Auf Grund dieses unseres Berichtes möchten wir Herrn Jork,
aus dessen Feder unzweifelhaft der Artikel „Mückblat" in Nummer
104 des „Volkstaat" stammt, (Der Ausschuß als solcher sowohl
wie Jork sind an der Verfälschung des Artikels „Mückblat" nicht
betheiligt. R. v. B.) noch fragen, was er eigentlich unter Partei-
organisation versteht. Die Stelle in jenem Artikel: „Die Partei-
organisation ist bei der Ausbreitung der Partei leer aus-
gegangen und dem Ausschuß ist kein Pflasterling zugeföhrt worden“
— scheint darauf schließen zu lassen, daß für Jork Parteiorga-
nisation mit Parteiauschuß gleichbedeutend ist. Oder sind
vielleicht 3—5 Thaler monatlich an den Ausschuß gegen früher
mehr abgelieferte Beiträge ein „Pflasterling?" Das ist doch
„heidenmäßig viel" Geld!!!

Briefkasten: der Expedition. Mangold in Eslingen für 4. Qu.
7 Thlr. 21/2 Gr. — Hahn in Landau 4. Qu. 25 Gr., für Schrift 5
Gr. — Guggenberger in Orag 17 Gr. — F. in Pest für Schrift 5
Gr. — Naumann in Neudorf 4. Qu. 9 Thlr. 23 Gr. — Bollmar
in Untersending: Schreiben Sie einfach unter der Adresse der betr. Redak-
tionen. — Stamm in Feld bei Solingen: Wenn Ihnen in Zukunft durch
die Post Nummern des Blattes nicht zugehen, reklamieren Sie bei der
betr. Postanstalt, wir können für solche Unregelmäßigkeiten nichts.
— Reiner in London: Kalender leitet 1 Expl. incl. Porto 4 1/2 Gr. —
Schm. in Hünfslirchen 3. Qu. 2 Thlr., 1. Qu. 1 Thlr. 12 Gr. — Sch.
in Gloggnitz 1 Thlr. 4 Gr. — G. Jägerndorf für Annonce 6 Gr.,
3. Qu. 12 Gr., 4. Qu. 2 Thlr., 2 Thlr., gut 13 1/2 Gr. — Michel
in Hohenstein 4. Qu. 12 Thlr. 25 1/2 Gr., für Schriften 17 Thlr. 23
Gr., für Annonce 10 Gr. — Gramm in Pforzheim 4. Qu. 9 Thlr. —
Müller in Chemnitz für Kalender 40 Thlr. — Hachlich hier 4. Qu. 4
Thlr. 28 Gr. 5 Pf., für Kalender 1 Thlr. 21 Gr. 6 Pf. — Schönmann
in Bremen für Annonce 5 Gr. — — in G. für Schriften 9 Thlr. 3
Gr. Julian Schmidt bitten zurückzugeben. — Fischer in Spandau 4.
Quartal 11 Thlr. 16 Gr. 5 Pf., für Schriften 1 Thlr. 21 Gr. 5 Pf.
— Wöstein in Fürth für Schriften 2 Thlr. — Kluge in Ratibor Abon-
nement Januar 8 Gr., für Schrift 2 1/2 Gr. — Krauß in München 4.
Quartal 33 Thlr. 27 Gr. — Krömer in Coburg für Schriften 1 Thlr.
22 Gr. — Donges in Darmstadt: Von uns wurde Nr. 2 als Kreuz-
band richtig verlangt, vorzüglich erhalten Sie nochmals Zusendung. —
Wegel in Stuttgart: Ihrem Briefe lag ein Thaler nicht bei. Maack in
Donauwüch: Kalender erhalten Sie, wenn 3. Anlage fertig. — Steiner
in Reudnitz 4. Quartal 13 Thlr. — Kummerbird in Oetba 4. Quartal
20 Thlr. 9 Gr. — Hartmann in Mainz 4. Quartal 8 Thlr. 28 Gr. —
P. in 3 für Schriften 4 Thlr. — F. in Wien für Schriften 20 Thlr. 7
Gr. 5 Pf. für B. St. 29 Thlr. 22 Gr. 5 Pf.

des Ausschusses: Th. H. in Bremerhosen: Wie in aller Welt
kommen Sie auf diese Idee? Gerade weil der „Neue Sozialdemokrat",
dessen Taktik in diesem Streit Ihnen doch sofort klar sein mußte, seinen
Lesern dieses Kammernüchchen aufsieht, konnten Sie mit mathematischer
Gewißheit schließen, daß es gelogen ist. Th. J.

Anzeigen zc.

Breslau. Sozialdemokratische Arbeiterparlei.
Sonntag, den 12. d. Mts., Abends von 6 Uhr ab ge-
sellige Zusammenkunft mit Damen im Saale des Hotels zur Rosa,
Grünebaumbrücke. Die Parteigenossen mit ihren Frauen, sowie die Mit-
glieder des Gesangsvereins werden zu recht zahlreicher Theilnahme ein-
geladen. Gäste haben Zutritt.
Montag, den 13. d. Mts., Abends 8 Uhr, geschlossene Mitglieder-
versammlung im hintersten Lokale des „weißen Engel", Kupferstr. 11,
Eingang vom Hofe aus.
Tagesordnung: 1) das Manifest Schweigers, 2) Filialexpediti-
onsangelegenheiten, Abrechnungen zc. Um pünktliche und vollständige Theil-
nahme der Mitglieder ersucht im Interesse der Sache dringend
H. Dehme.

Cöln. Sozialdemokratische Arbeiterparlei.
Sonntag, den 12. Januar, Morgens 11 Uhr, Versammlung
im Lokale des Herrn Wisdorf, Thiboldsgasse 102. Um zahlreicher Er-
scheinen wird gebeten.
Der Vertrauensmann J. Hesch.

Cöln. Unterzeichnet hat mit dem 1. Januar die Filialexpediti-
on für Cöln übernommen, Monats- und Quartalabonnements
werden entgegengenommen in dem Versammlungslokal, sowie in meiner
Wohnung, Follerstraße 14, 2. Stage.
J. Hesch.

Eslingen. Nächsten Sonntag Zusammenkunft bei Haug zur
„kleinen Krone".

Leipzig. Sozialdemokratischer Arbeiterverein.
Freitag, den 10. Januar, Abends 8 Uhr, bei Zedler,
gr. Windmühlenstraße 7.

Tagesordnung: Sozialpolitischer Wochenbericht, Refegut: Bünler,
Fortsetzung der Diskussion über eingelaufene Fragen. Gäste willkommen.
Der Vorstand.

Leipzig. Gewerkschaft der Holzarbeiter.
Mittwoch, den 8. Januar, Abends 8 Uhr bei Zedler,
Vorstandssitzung.

Leipzig. Genossenschaftsbuchdruckerei.
Die laut Beschluß der konstituierenden Generalver-
sammlung im Januar 1873 abzuhaltende außerordentliche Generalver-
sammlung findet

Donnerstag, den 23. Januar Abends 8 Uhr
statt. Das Lokal wird in nächster Nummer dieses Blattes bekannt ge-
geben werden.

Tagesordnung: Neuwahl des Aufsichtsrathes und des Vorstandes.
— 2. Antrag der Genossenschaftsmitglieder A. Weid, Th. Jork, H. Ben-
nede, Ed. Frey, F. Lenz, K. Braack, E. Hillmann und H. Schulz (sämm-
lich in Hamburg) auf Abänderung der §§ 18 und 26. — 3. Antrag des
Vorstandes auf Abänderung des § 21. — 4. Antrag, betr. die Ent-
schädigung der Verwaltungsbeamten.
Leipzig, 4. Januar 1873.

Der Aufsichtsrath:
P. Ulrich, Vorsitzender.

Leipzig. Benachrichtigung.
Wir ersuchen die Herren Jacoby, E. Seifert, Wohlleben
und Heidl als Mitunterzeichner der gegen die Redaktion des Tagesblattes
f. B. eingereichten Klageschrift dringend Mittwoch, den 8. d. Mts., Nach-
mittags 4 Uhr, in der Expedition des „Volkstags" sich einzufinden. Das
Erscheinen aller wird bestimmt erwartet.

O. Seitzer, W. Fink.

Leipzig. Buchbinderverein.
Sonntag, den 11. Januar, Abends 8 Uhr, Versamm-
lung in der Thiemeschen Brauerei, Tauchaer Straße.
Tagesordnung: Diskussion über die Ueberstundenarbeit. Das Erschei-
nen aller Mitglieder ist erwünscht. Alle Kollegen sind hierzu eingeladen.
Die Vereinsversammlungen finden wie bisher jeden Sonntagabend im oben-
genannten Lokale statt.

Leipzig. Der Verkehr und Arbeitsnachweis der Schuhmacher-
Gehilfen
befindet sich Mängasse 3 bei Herrn Schreiber. (3c)

London. Arbeiterbildungsverein.
Deutsche Sektion der Internationalen Arbeiterassoziation.
Unser Lokal befindet sich jetzt: 81 Blue Post Newmarket Street, London
Street W. C. — Es finden abwechselnd Vorträge über soziale und politi-
sche Fragen statt. — Im Namen des Vereins: der Sekretär. —
Briefe, Anfragen zc. sind unter obiger Adresse zu richten an H. Lehner.

Paris. Cafe-Brasserie-Duiffe Ch. Wulf,
35 rue de l'Arbre Sec 35 nahe am Louvre.
Dejeuners et Diners à tout prix. Kalte und warme Speisen zu
Jeder Tageszeit. „Volkstaat", „Berliner Bund" und französische Zei-
tungen liegen auf. Hier Zureisenden wird bereitwilligst jede er-
wünschte Auskunft ertheilt. (m2f)

Penig. Allen Partei- und Gefinnungsgegnern bei meiner Abreise
nach Amerika ein herzliches Lebewohl mit dem Versprechen,
dem Principe treu zu bleiben.
Den 1. Januar 1873.
Carl Schumann.

In der Expedition des „Demokratischen Wochenblattes" in Nürnberg
ist zu haben:

Die Freimaurer.

Eine Gefängnisarbeit

von

H. Memminger.

Redaktion des „Demokratischen Wochenblattes".
Preis 18 kr. südd. 5 Groschen preuß. 25 kr. österr. In Partien
billiger. (6a)

Stamm's Erlösung der darbedenden Menschheit betreffend.

Um Arbeitervereinen die Anschaffung obigen Buches, welches soeben
in zweiter vermehrter Auflage erschienen, habe ich den Preis für diese
auf 15 Sgr. (1 fl. 80 kr.) ermäßigt, und kann das Buch zu diesem
Preise bei der Buchhandlung des „Volkstaat", bei Herrn Schriftsetzer
Franz und bei der Verlagsbuchhandlung bezogen werden. Wegen größerer
Partien beliebe man sich direkt franco an die unterzeichnete Verlagsbuch-
handlung zu wenden. (2)

Schabelitz'sche Buchhandlung in Jülich.

Die Filialexpeditionen

werden angefordert, für das 4. Quartal die Abonnementbeträge
sofort einzusenden. Es muß laut Reglement bis Mitte jedes
Quartals dafür Sorge getragen werden, daß die hiesig treffenden
Beträge mindestens zur Hälfte abgeliefert werden. Filialen, welche
bis 14. Januar ihrer Verpflichtung für verflorenes 4. Quartal
nicht nachgekommen, können weitere Sendungen nicht erhalten.
Leipzig, 4. Januar 1873.

Für die Verwaltungskommission: Hachlich.
Für die Expedition des „Volkstaat": W. Fink.

Zur Notiz. Die Beilage der heutigen Nummer, die vom
Ausschuß ursprünglich für Nr. 2 bestimmt
war, konnte wegen verspäteten Eintreffens des Manuskripts erst
für diese Nummer angefertigt werden.

Mainz, 6. Januar. (Telegraphische Depesche.) Heute
haben sämtliche Brauer der Altienbrauerei wegen verweigerter
Lohnerhöhung die Arbeit eingestellt. Die Brauer sind einzig. Zu-
zug ist fern zu halten.
Lehenderer.

Leipzig: Verantw. Redakteur H. Seifert. (Redaktion und Expedition
Hofstr. 4.) Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei
Hierzu Beilage.

An die Parteigenossen.

Das alte Jahr ist dahin mit seinen wechselvollen Ereignissen und ein neues Jahr liegt vor uns. Mit dem Eintritt in das neue Jahr haben wir uns zu fragen, was ist für die Partei zu thun, sowohl von Euch, wie von uns. Und da, Mitarbeiter, gilt es vor Allem eine rege Agitation zur Verbreitung unserer Parteiorgane! Laßt daher gerade jetzt in dieser Agitation keinen Tag ungenutzt vorüber gehn. Veseelt von dem guten Willen und durchdrungen von dem edlen Feuerifer, der alle Hindernisse überwältigt, wird es nicht schwer sein, durch Gewinnung neuer Abonnenten der Sozialdemokratie im Allgemeinen und unserer Partei im Besonderen neue Anhänger zuzuführen.

Parteigenossen! Bedenkt, an den Abonnements auf den „Volksstaat“ bemessen die Gegner die Macht und Stärke unserer Partei, und das mit Recht. Wolan! zeigen wir, daß wir nicht nur in gleicher Weise zu rechnen verstehen, sondern daß wir jeden Fehler im Facit unserer Rechnung auch sofort durch praktische Agitation zu corrigiren vermögen. Und einen Fehler hat unsere Rechnung: Das Facit der Abonnentenliste ist entschieden zu gering. Es ist freilich wahr, trotzdem uns der Zuwachs durch Monatsabonnements abgekürzt ist, hat der „Volksstaat“ mit Jahreszuschuß 6100 Abonnenten. Aber entspricht das unsern Erwartungen? Steht diese Zahl in richtigem Verhältnis zu der Ausbreitung unserer Partei? Sicher nicht. Nun wolan! So machen wir doch den Fehler gut, was hindert uns daran? Es müssen im neuen Quartal mindestens 1000 neue Abonnenten gewonnen werden, und das kann, das wird geschehen, wenn Jeder von Euch den „Volksstaat“ nicht nur liest, nein, wenn Jeder Einzelne von Euch das Blatt als unentbehrliches Parteiorgan selbst hält und unter seinen Mitarbeitern und Freunden für dessen weitere Verbreitung Sorge trägt. Es genügt auch nicht, sein sozialdemokratisches Gewissen mit dem entschuldigenden Hinweis auf die lokalen Parteiblätter zu beruhigen. Mögen die Lokalblätter als Mitkämpfer in der Bewegung als ein noch so berechtigter und beachtenswerther Faktor anerkannt werden, jedoch für Leser und Parteigenossen, die voll und ganz der Idee der Sozialdemokratie huldigen, deren Seele einzig und allein erfüllt ist von dem Glauben an die weiterführende Kraft derselben, und die mit verzehrender Leidenschaftlichkeit diese Idee zu verwirklichen bestrebt sind, mit einem Worte, den „Männern der Partei“ können und dürfen diese Blätter nicht genügen.

Der „Volksstaat“, in dessen Spalten sich die ganze Parteibewegung widerspiegelt, dieses Blatt und kein anderes ist die Fahne, unter welcher wir uns zusammenscharen haben. Zu dieser Fahne haben wir zu stehen und alle Kräfte ausschließlich auf den einen Punkt zu konzentriren, daß im neuen Jahre Tausend und aber Tausend neuer Leser und Abonnenten gewonnen, daß durch Tausend und aber Tausend mannbare Streiter und Mitkämpfer für die Idee der Sozialdemokratie für die Befreiung des Proletariats unsere Reihen verstärkt werden. Vorwärts darum in der Agitation zur Ausbreitung des Reichthums des „Volksstaat“ und zur Gewinnung neuer Abonnenten. In jede Fabrik, in jede Werkstatt, in jede Wohnung muß unserm Parteiorgan, dem „Volksstaat“ Eingang verschafft, und mit ihm der Geist der Sozialdemokratie in dieselben getragen werden.

Wenn uns das gelingt — und sobald nur Jeder seine Pflicht erfüllt muß es uns gelingen — dann dürfen wir mehr denn je mit Siegeszuversicht in die Zukunft blicken, dann werden wir sagen können: Die Zukunft ist unser. Der Ausschuß.

Hamburg 1. Januar 1873. J. A.: Ed. Frey. Th. Nord.

An die Arbeiter Deutschlands.

So ist ein Schriftstück überschrieben, das von „Hamburger Mitgliedern des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins“ veröffentlicht worden ist. Wir erachten es schon deshalb als unsere Pflicht, den Parteigenossen über dieses Schriftstück Aufklärung zu geben, weil dasselbe auch uns zugesandt wurde, sobald auch, weil die Redaktion des „Neuen Sozialdemokrat“ begierig die Gelegenheit ergriff, um ausführlich der in dem Schriftstück enthaltenen Einigungs- und Vorläufigkeits- und perfidesten Angriffe gegen unsre Partei zu richten.

Anfangs November sandte Schweiger, der frühere Präsident des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, nachstehendes, wörtlich wiedergegebene Schriftstück an die Redaktion des „Volksstaat“, mit dem dringenden Verlangen um Abdruck. Das Schriftstück lautet: „Schon seit der letzten Generalversammlung des Vereins erhalte ich ab und zu Briefe mit Anfragen und Aufforderungen; ich habe dieselben immer mit dem Bemerkten beantwortet, daß ich mich in sozialdemokratische Angelegenheiten nicht mehr einmischen wollte. Ebenso habe ich einige Aufforderungen zu persönlichem Erscheinen abgelehnt. Seitdem nun aber vor Kurzem durch einen Zufall (Abdruck eines in Theater-Angelegenheiten an die „Elberfelder Zeitung“ von mir gerichteten Briefes im „Neuen Sozialdemokrat“) meine Adresse bekannt geworden ist, kommen Briefe der gedachten Art insbesondere in Betreff der Einigung der Partei, so zahlreich an mich, daß mir eine Beantwortung im Einzelnen unmöglich wird. Da ich aber auch nicht gegen diejenigen, welche mir trotz den von allen Seiten wider mich gerichteten Verleumdungen ihr Vertrauen bewahrt haben, eine Unhöflichkeit begehen möchte, so diene diese öffentliche Ansprache ein für allemal als Antwort. Da der „Neue Sozialdemokrat“ überhaupt keine Einwendungen von mir, nicht einmal wenn ich mich nur in Theaterangelegenheiten verteidigen will, vollständig und unverändert aufnimmt, bin ich genöthigt, mich an den „Volksstaat“ zu wenden.

Soweit die erwähnten Briefe darauf hinauslaufen, mich zum Wiedereintritt in das praktische Parteigetriebe aufzufordern, muß ich dieselben vollständig und entschieden zurückweisen. Nach den gemachten Erfahrungen würde ich lieber Holz haben und Steine klopfen, als sozialdemokratische Angelegenheiten betreiben. Allein insoweit meine persönlichen Freunde — und dies ist der Inhalt der meisten Briefe — in der jetzigen Krisis der sozialdemokratischen Partei nur meinen Rath hören wollen, so laß ich, da ich längst jedem Parteigetriebe ferne stehe, denselben allerdings mit voller Unabhängigkeit, ohne Rücksicht nach irgend einer Seite hin, geben, und ich habe mich entschlossen, es zu thun, obwohl ich weiß, daß manche meiner Freunde im ersten Augenblicke mit dem Inhalte dieses Rathes nicht einverstanden sein werden. Mögen sie aber bedenken, daß wer Rath begehrt, vernünftigerweise eine anfechtbare in voller Unabhängigkeit ausgesprochene Meinungsäußerung erwarten sollte. Freilich, gerne gebe ich den gewünschten Rath nicht, denn so sehr auch fortwährend die soziale Frage mein theoretisch-wissenschaftliches Interesse erregt, so unlieb ist es mir, eine sozialdemokratische Parteiangelegenheit behandeln zu müssen. Allein ich sage mir, daß ich denen, die mir persönlich ein so festes Vertrauen bewahrt haben, diesen Schritt geradezu schuldig bin.

Die Frage, um die es sich derzeit innerhalb der Partei handelt, ist diese: Sollen sich die beiden großen Fraktionen derselben (Allgemeiner deutscher Arbeiterverein und Eisenacher) vereinigen?

Ich sage: die beiden Fraktionen der einen Partei, und dieser Ausdruck bedarf einer kurzen Erläuterung, damit es nicht den Anschein gewinnt, als steh ich mit mir selbst in Widerspruch.

Als die Eisenacher Fraktion in der Bildung begriffen war, bezeichnete ich sie als einen Ableger der Bourgeoisie, und dies war nach meiner Ueberzeugung damals auch der Fall. Allein die beharrliche Taktik einiger Führer, verbunden mit dem Uebertritt zahlreicher rühriger Mitglieder des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins, hat allmählig jene Partei in eine sozialdemokratische umgewandelt. In der letzten Zeit meines Präsidiums war der Sachverhalt bereits zweifelhaft geworden. Heute der vom Eisenacher Programm ausgegangenen Partei die Eigenschaft einer sozialdemokratischen abstreifen wollen, ist einfach albern.

Ich gehe bei dieser Gelegenheit zu einer andern nothwendigen persönlichen Bemerkung über.

Der „Volksstaat“ und der „Neue Sozialdemokrat“ wetteifern in Verdächtigung meiner Person. Derlei habe ich von jeher mit Schweigen entgegengenommen und ich werde auch in Zukunft darüber schweigen. Mein Gewissen sagt mir, daß ich mir während meiner langjährigen Parteileitung zwar manche Unregelmäßigkeiten zu Schulden kommen ließ, wie dies bei so umfassender Thätigkeit wohl Jedem mehr oder minder begegnen wird, daß ich aber im Großen und Ganzen mit voller Kraft, mit redlichem Willen unter vielfachen Opfern und nicht ohne Erfolg thätig war. Möge man also sagen und schreiben, was man wolle — im Bewußtsein meines guten Gewissens bin ich zu stolz zur Entgegnung.

Alein diejenigen meiner Freunde, welche in Betreff der letzten Generalversammlung des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins Anfragen an mich gerichtet haben, muß ich auf einen, in seiner Art einzigen Widerspruch aufmerksam machen.

Nachdem die vorletzte Generalversammlung bei Gelegenheit meines Austritts vom Präsidium mir ausdrücklich Dank und Anerkennung für meine Leistungen votirt hatte, geschah das Unerhörte, daß die vorige Generalversammlung ohne alle Beweise eine schwere Schuld an mir entdedt zu haben glaubte. Obgleich ich nicht mehr Vereinsmitglied war und auch nicht entfernt daran dachte, es wieder werden zu wollen, sagte man den ebenso nutzlosen als gehässigen Beschlüssen, ich solle, falls ich ja wieder Mitglied werden wolle, nicht mehr aufgenommen werden. Ich weiß sehr gut, daß dies nicht im Sinne der Arbeiter war; aber die Generalversammlung hat es einmal gethan und nur zwei Fälle sind möglich.

Erster Fall: Ich bin schuldlos. Dann hat die Generalversammlung an mir ein schändliches Unrecht begangen.

Zweiter Fall: Ich bin schuldig. Dann that die Generalversammlung ein schändliches Unrecht am Verein, indem sie diejenigen Personen im Amte der Parteileitung ließ, die Jahre lang in meiner nächsten Umgebung waren, jeden meiner Schritte beobachten konnten, bei jeder meiner Amtshandlungen die ausführenden Werkzeuge waren, und somit als meine Mitschuldigen dastanden.

Durch den unlösbaren Widerspruch, in den die Generalversammlung sich verwickelte, indem sie entweder einen Schuldlosen falsch anklagte, oder, falls die Anklage richtig, den zweifellosen Mitschuldigen die Vereinstleitung in Händen ließ, hat sie ihren bösen Willen, oder, was wahrscheinlicher, ihre ungläubliche Unfähigkeit an den Tag gelegt. — Das Urtheil solcher Leute ist mehr als gleichgiltig.

Doch nun zur Sache! Wie die Dinge jetzt liegen, stehen zwei große sozialdemokratische Fraktionen in bitterster Feindschaft einander gegenüber. Hieraus ergibt sich eine Reihe von Noththaten, von denen die hauptsächlichsten folgende sein dürften:

- 1) Die Kräfte und Mittel, welche naturgemäß zur Belämpfung der Parteifeinde bestimmt sind, reiben sich im inneren Kampfe auf.
2) Das beständige gegenseitige Schimpfen und Verdächtigen discreditirt die Gesamtpartei in den Augen aller anständigen Leute.
3) Statt der Neigung zu ernster, würdiger Discussion wird der Hang zu Rohheit und Gewaltthätigkeit in den Volksversammlungen befördert.
4) Gewissermaßen durch die Concurrentz getrieben, glaubt jede Fraktion die andere an äußerlich radikalem Auftreten überbieten zu müssen. Die innere Schwäche soll durch äußere Reclame ersetzt werden. Wäre die Partei einzig, also stark, so könnten sie bei vollem Radicalismus vorsichtiger und doch erfolgreicher auftreten. Mancher sieht im Gefängniß, der nicht nöthig gehabt hätte, unvorsichtig zu sein, wenn die Partei einzig gewesen wäre.
5) Alle Einrichtungen bestehen jetzt doppelt und verursachen also doppelte Kosten. Welche Ersparniß würde eintreten, wenn solche Einrichtungen bei der Einheit der Partei nur einmal nöthig wären.
6) In der praktischen Gewerkschafts- und Streikbewegung trägt der jetzige Zustand die absolute Unmöglichkeit des Vornankommens in sich. Die Vernunftgenossen können nicht einheitlich handeln, weil die politische Parteistellung sie trennt, ja gegeneinanderbeißt.
7) Ähnliches gilt von der Wahlbewegung.

Erwägt man all dies, so wird man sich sagen müssen, daß momentan alle Bestrebungen, selbst der Kampf gegen die Parteigegner, zurücktreten müssen gegen das Bestreben, die Einheit der Partei herzustellen. Denn jedem Kampfe müssen vorhergehen die volle Kampffähigkeit und Kampfbereitschaft. Und da der Zwiespalt, je länger er dauert, wegen der fortwährend steigenden gegenseitigen Verbitterung der Gemüther, desto schwerer beseitigt werden kann, so ist die Sache ebenso dringlich wie wichtig. Man kann geradezu sagen, daß, wenn die Arbeiter die Fortdauer des jetzigen Parteizustandes dulden, sie mit Recht dem Spott und Gelächter ihrer Gegner verfallen.

Soviel vom Ziel — nunmehr vom Wege zum Ziel.

Von vornherein ist klar, daß die Einigung nur auf einem gemeinsamen Congreß erreicht werden kann. Auf beiden Seiten bietet die bestehende Organisation Mittel, auf statutenmäßige Weise in beschleunigtem Verfahren den Zutritt eines solchen Congresses herbeizuführen. Man braucht nur den redlichen Willen dazu.

Auf diesem Congreß müßte vor Allem ein Strich durch die Vergangenheit gemacht werden, um nicht durch alte Zankereien und Beschwerden neue Erbitterung zu erzeugen. Nicht mit der Vergangenheit, sondern mit der Gegenwart und der Zukunft müßte sich der Congreß befassen.

Was wäre demselben in dieser Beziehung vorzuschlagen?

Ich halte es für falsch, beide Organisationen locker gemeiniglich nebeneinander bestehen zu lassen. Eifersucht und Neidereien würden fortwährend neu entstehen. Ich glaube, eine derartige bloß äußerliche Vereinigung sollte höchstens als Nothbehelf für den Fall des Scheiterns weiter gehender Versuche in Aussicht genommen werden, während zunächst zu erstreben wäre, unter formeller Auf-

hebung beider vorhandenen Organisationen eine neue gemeinsame Organisation zu schaffen.

Zu diesem Zweck wäre der Congreß von vornherein beiderseitig förmlich mit constituirender Gewalt zu bekleiden.

Aber hier entsteht für die Mitglieder des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins die Frage, ob sie die mit Recht hoch gehaltene Kassalle'sche Organisation nicht nur formell, sondern auch materiell preisgeben dürfen?

Antwort: nein!

Aber worin besteht das Wesentliche dieser Organisation? In der Centralisation. Nicht wesentlich aber ist dieser Organisation das bei der jetzigen Entwicklung der Partei unhaltbar gewordene persönliche Regiment. Der Schlachtruf muß also sein: Beibehaltung der Centralisation, Beseitigung des persönlichen Regiments, überhaupt: Beibehaltung der Kassalle'schen Organisation ihren wesentlichen Einrichtungen nach, unter Beseitigung unwesentlicher und veralteter Einrichtungen.

Sobald man sich dies klar gemacht hat, ist die Grundlage einer Verständigung mit der andern Fraktion vorhanden.

Es entsteht noch eine anscheinende Prinzipienfrage: ob national, ob international? Diese anscheinende Prinzipienfrage führt sich aber nach der tatsächlichen Entwicklung, welche beide Fraktionen genommen haben, auf eine Zweckmäßigkeitsfrage zurück. Die internationalen „Eisenacher“ haben durch ihre thatsächlich zunächst nationale Organisation bewiesen, daß sie sich in einem gewissen Sinne vom concreten Boden der nationalen Verhältnisse nicht lösen wollen (was übrigens die Internationale bei ihrer Constituirung als berechtigt vorgeesehen hat). Der Allgemeine deutsche Arbeiterverein seinerseits, obwohl auf lediglich nationaler Organisation stehend, versichert, daß eine nationale Arbeiterbewegung schließlich immer in eine internationale zu münden habe. Auf beiden Seiten wird also nationales und internationales Element in gewissem Sinne als berechtigt anerkannt. Ueber das Mehr oder Weniger hätte der Congreß durch Mehrheit zu entscheiden, und wie auch der Entschaid ansiele, die Minderheit konnte sich beruhigen, da leicht einzusehen ist, daß, wie die beiderseitigen Anschauungen jetzt thatsächlich sich herausgebildet haben, nicht eine Prinzipienfrage, sondern nur eine Frage der Zweckmäßigkeit und der Taktik vorliegt.

Meinen Freunden, die sich an mich gewandt haben, gebe ich also den Rath, mit aller Thatkraft in dem von mir entwickelten Sinne thätig zu sein. Mit den Führern, wenn diese wollen, ohne sie, wenn sie unthätig bleiben, trog ihnen, wenn sie widerstreben. — Einheit um jeden Preis!

Ich verbinde damit das dringende Ersuchen, diese Auseinandersetzung als abgeschlossene Arbeit hinnehmen und mich daher nicht mit weiteren Anfragen beehren zu wollen. Ich habe einer Pflicht genügt, aber ich wünschte, daß diese — wie ich hoffe, in meiner sozialdemokratischen Laufbahn legte — Pflichterfüllung nicht mit weiteren Mühen verbunden sein möge. Insbesondere müßte ich jeden Versuch, mich irgendwie zu praktischem Eingreifen in diese Angelegenheit zu veranlassen, als eine Tollheit zurückweisen.

Hingegen wird es mir große Freude machen, wenn ich zur Beseitigung geradezu ekelerregender Verhältnisse und zur Herstellung eines würdigen Zustandes innerhalb einer Partei, in der ich so lange hervortragend thätig war, durch diese Auseinandersetzung Einiges beitragen sollte. So glaube ich am besten denen meinen Dank zu beweisen, die mich fortwährend in gutem Andenken bewahrt haben und denen ich hierfür im innersten Herzen dankbar bin. Berlin, den 6. November 1872. Schweitzer.

Obwol es nun gar keinem Zweifel unterliegt, daß die Redaktion des „Neuen Sozialdemokrat“ ein ähnliches Schriftstück gegen hervorragende Mitglieder unsrer Partei sofort zum Abdruck gebracht hätte, — wir erinnern nur an die widerholten, der Feder eines Mannes wie Tölske entfloßenen Flügen von Diezinger Geldern und den fränkischen 600 Volksstaatsabonnenten, der andern bis zum Uel oft wiederholten Verleumdungen und Schmähungen unsrer Partei, denen der „Neue Sozialdemokrat“ mit besonderer Vorliebe seine Spalten öffnete nicht zu gedenken — so wurde der Abdruck des obigen Schriftstücks von der Redaktion des „Volksstaat“ dennoch abgelehnt, um die von uns versuchte Veröhnung und Einigung mit dem allgemeinen deutschen Arbeiterverein nicht in Frage zu stellen.

Und trotzdem, daß der „Neue Sozialdemokrat“ fortwährend das Menschenmöglichste leistete, damit die alte Fehde mit neuer Festigkeit entbrenne, legt die Haltung des „Volksstaat“ Zeugniß dafür ab, daß wir gewillt waren und noch gewillt sind, Frieden zu halten und die Einigungsbestrebungen zu fördern; immer hoffend, daß der gleiche Wille auch unter den Mitgliedern des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins sich kund geben würde, und daß diesem ausgesprochenen Willen der eigenen Mitglieder weder die Spigen des Vereins, noch die Redaktion des „Neuen Sozialdemokrat“ entgegenzutreten wagen dürften. Und wir haben uns nicht geirrt. Eine große Anzahl Mitglieder des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins veröffentlichte das oben mitgetheilte Schriftstück in 10,000 Exemplaren mit der Bemerkung, „daß es Pflicht eines jeden Arbeiters sei, für weiteste Verbreitung desselben energisch thätig zu sein.“

Beachtenswerth ist, daß in der Flugschrift nach der Stelle: „Hat — was sehr zu beachten ist — die letzte Generalversammlung den Vorstand neu eingerichtet, warum sollte man sich nicht mit einer neuen Einrichtung der Centralbehörden überhaupt befremden können?“ folgender Passus eingeschoben ist:

„Die Kassalle'sche Organisation ist in ihrem innersten Kern verlegt worden durch die Gründung eines lokalen Sonderbundes (des Berliner Arbeiterbundes); nicht aber würde sie verlegt werden durch die Beseitigung eines persönlichen Präsidiums, das zu einem der Absicht Kassalle's geradezu entgegengesetzten Vorbilde ausgeartet ist. Thatsächlich herrscht jetzt im Allgemeinen deutschen Arbeiterverein eine bestimmte Anzahl in Berlin befindlicher Personen unter bloß äußerlicher Vorschreibung des Präsidenten, wodurch auch allein die Gründung eines Berliner Sonderbundes erklärlich wird, zu welcher ein wirklicher Vereinspräsident, der sich im Kassalle'schen Geiste als Ausdruck und Führer der Gesamtheit fühlte, nie sich hergeben hätte.“

Der heutige Zustand trägt in sich alle Nachteile einer persönlichen Diktatur ohne deren Vortheile für die Gesamtheit. Wenn man diese Präsidentschaft abschafft, beseitigt man nicht eine lebenskräftige und heilbringende, sondern eine verrottete und zum Stützpunkte von Mißbräuchen gewordene Einrichtung.“

Daß der „Neue Sozialdemokrat“ sich sehr hüthe, dies Schriftstück abzuändern, ist so selbstverständlich, daß wir und weniger darüber, als über die Vertrauenslosigkeit Derer wundern, die alles Genüges erwarten, daß ihrem Verlangen, das Schriftstück im „Neuen Sozialdemokrat“ zu veröffentlichen, Rechnung getragen werden würde. Daß dies nicht geschehen würde, war zu erwarten. Weniger zu erwarten war es aber, daß der „Neue Sozialdemokrat“

und die Berliner Führerschaft, die noch vor Kurzem Herrn Schweiger gegen unsere gerechten Vorwürfe in Schutz nahmen, indem sie erklärten, daß alle gegen denselben gerichteten Beschuldigungen nicht nur nicht wahr, sondern daß überhaupt Niemand würdig sei, Schweiger auch nur die Schuhrriemen zu lösen, wir sagen, daß derselbe „Neue Sozialdemokrat“ und die Berliner Führerschaft heute schon mit einer Offenheit alles von uns behauptete eingesehen, die nichts zu wünschen übrig läßt. Aber freilich, wenn es gilt, die Einigung der beiden Fraktionen der deutschen Sozialdemokratie zu hindern, dann kommt es auf eine Inkonsequenz mehr oder weniger nicht an. Man lese nur die folgende in Nr. 118 des „Neuen Sozialdemokrat“ enthaltene Lobrede des Herrn Hasselmann auf Schweiger:

„Wie gewisse Jagdhunde auf ein bestimmtes Wild dressiert werden, so scheint es, daß die Feinde des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins förmlich dressiert sind, Herrn Schweiger, mit dem der Allgemeine deutsche Arbeiterverein seit anderthalb Jahren nichts mehr zu thun gehabt hat, im Koth herumzuwerren. Dieser ewigen Schimpferei gegenüber erkläre ich, daß die Feinde des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins in dessen innere Zwistigkeiten mit dem Dr. Schweiger überhaupt nicht ihre Nase zu stecken haben. Im Uebrigen muß ich, was ich auch sonst gegen Schweigers politische und sonstige Haltung einzuwenden habe, konstatieren, daß „Spionage für die Polizei“ ihm weder vorgeworfen, geschweige denn nachgewiesen ist. Dagegen steht es fest, daß zu einer Zeit, wo die Sozialdemokratie in Deutschland fast gar, was der „Sozialdemokrat“ jahrelang kaum 400 Abonnenten hatte, während Herr Bebel Fortschrittler und die Herren Marx und Liebknecht mundtot waren, Schweiger es gewesen ist, der allein die soziale Bewegung über Wasser hielt und der sich hier unter den schwierigsten Verhältnissen ein Verdienst erworben hat, daß Bebel und Liebknecht, ihm nicht die Schuhrriemen auslösen können. Es ist nicht meine Liebhaberei, alten Schmutz anzuhängen; aber gewissen Leuten, wenn sie den Allgemeinen deutschen Arbeiterverein mit Koth bewerfen, muß man ihr wahres Antlitz zeigen, und die Gerechtigkeit verlangt, daß ich Schweiger, selbst wenn er als mein Feind handelt, nicht verleumden lasse, um so mehr als dies nur geschieht, um den Allgemeinen deutschen Arbeiterverein zu schädigen.“

„Dies die Erklärung, welche abzugeben, Hasselmann veranlaßt war, und welche er auch heute noch aufrecht erhält.“

So sprach Hasselmann am 11. Oktober. Dabei ist zu bemerken, daß in der betreffenden Versammlung von „Spionage für die Polizei“ überhaupt nicht die Rede war; es wurde vielmehr nur hervorgehoben, daß durch das Protokoll der letzten Generalversammlung des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins alles das bestätigt sei, was wir seit 69 gesagt und was auch den Anlaß abgab, in Eisenach die sozialdemokratische Arbeiterpartei zu gründen.

Und am 18. November, also 6 Wochen nach der oben zitierten Lobeserhebung Schweiger's, entblödet sich derselbe Hasselmann herzu, in Nr. 147 des „Neuen Sozialdemokrat“ über Schweiger herzufallen, weil derselbe in seinem Schriftstück gesagt hatte: „Entweder ich bin schuldlos (Siehe Erklärung vom 11. Oktober), und dann habe ich recht, so zu schreiben, wie ich jetzt thue, oder ich bin schuldig, dann seid Ihr, die Ihr am 11. Oktober die Weisheit hattet, mich für schuldig zu erklären, meine Mitschuldigen, weil Ihr die Arbeiter so lange im Unklaren über mich gelassen habt.“ Herr Hasselmann, der langjährige Schüler Schweiger's, schreibt also:

„Herr Jean Baptiste von Schweiger nöthigt uns dazu, uns noch einmal mit ihm zu befassen; er befindet sich nämlich dort, wo seine einstigen Genossen, Liebknecht, Bernbard Becker und von Hoffstetten nach einander anlangten — im Lager der „Ehrlichen“. Er erklärt eine in Hamburg gedruckte und in zehntausend Exemplaren verbreitete Schmähschrift gegen die Lassalle'sche Organisation des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins und fordert seine „persönlichen Freunde“ auf, nach dem Vorschlage des „Volkstaat“ vereint mit der Eisenacher Partei einen Kongreß einzuberufen, um unter Aufhebung des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins eine neue Organisation ohne Präsidenten zu schaffen — wol mit dem berüchtigten dreiköpfigen Direktorium an der Spitze, welches von Schweiger und Liebknecht 1864 projektirten, ehe Ersterer in der Absicht, selbst Präsident zu werden, „organisationstreu“ wurde. Herr von Schweiger besitzt also die freche Ueberhebung, die Mitglieder des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins für gestimmungslose Haufen zu halten, welche von ihm sich Jahre lang am Narrenseil leiten ließen, welche nicht für die feste Organisation Lassalle's bislang einstanden, sondern welche nur durch Redensarten sich gängeln ließen. Herr von Schweiger hat die Stirn, sich selbst offen als Komödianten hinzustellen, der Jahre lang den Mitgliedern des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins predigte, die Diktatur des Vereinspräsidenten müsse aufrecht erhalten werden, ohne welche die Arbeiterklasse nicht zum Siege geführt werden könne, und der jetzt zugibt, daß sein jahrelanges Wirken nichts als Heuchelei war. Herr von Schweiger ergeht sich, während er dies Liebendwürdige gegen die jetzige Vereinsleitung, indem er dieselben hohlen Behauptungen aufstellt, womit die „Ehrlichen“ den Verein begeistern; er wagt es, die jetzige Vereinsleitung dafür verantwortlich zu machen, daß das „ekelhafte Schimpfspiel“ fortdauere, welches sich doch nur um seine eigene unsaubere Person dreht, von Schweiger ist dabei so rührend „ehrlieh“ geworden, daß er auf einmal zu der Ueberzeugung gekommen ist, daß die „Eisenacher“ zwar früher „Ableger der Bourgeoisie“ gewesen, jetzt aber einmal aber eine gut „sozialdemokratische“ Partei geworden wären. Dabei müßte auf dem projektirten Kongreß vor Allem „ein Strich durch die Vergangenheit“ gemacht werden — das heißt auf Deutsch: alle ausgestoßenen Abenteuer, Raffendiebe, Schwindler und käuflichen Literaten, welche notorisch im Solde paritätischer und Bourgeoisblätter gestanden haben, sowie die radikalen Bourgeois sollen nach Auflösung des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins einen neuen Tummelplatz finden. Der Allgemeine deutsche Arbeiter-Verein wurde glücklicherweise diese Elemente los — Herrn von Schweiger zuletzt — in der Eisenacher Partei kämpften aber in Folge der Zersplitterung, welche die vielen kleinen Organe und Vereine bewirkten, und weil seit langer Zeit aller Answurf des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins dort ausgenommen ist, die realen Arbeiter bisher vergeblich gegen diese faulen, von Großfabrikanten mit dem Geldsaat unterstützten Elemente; diese verstärken sich vielmehr noch immer mit Rekruten — Herrn von Schweiger zuletzt. Ehe nicht die Eisenacher Partei den Häutungsprozeß durchmacht und die Bourgeois und Abenteuerer austößt, eher ist nicht an eine segensreiche Verschmelzung mit dem Allgemeinen deutschen Arbeiterverein zu denken; sind die Arbeiter jener Partei aber selbstständig, dann wird ihnen auch Lassalle's feste Organisation selbst am besten gefallen; dann werden sie feste Zentralisation vor Allem nur ein einziges Parteiorgan wollen. Herr von Schweiger weiß dies Alles sehr wohl; er weiß auch, welchen Aufschwung der Allgemeine deutsche Arbeiter-Verein und das Vereinsorgan jetzt nehmen, nachdem er durch seine Schwindelereien nahezu Alles zerrüttet hatte; aber um persönliche Rache zu befriedigen, scheut er sich nicht, Lassalle's Organisation anzuheulen, um dem Allgemeinen deutschen Arbeiter-Verein den

Todesstoß zu versetzen. Als echte „Ehrliche“ hat von Schweiger sogar die Stirn, den Vereinsmitgliedern die Plage entgegen zu schleudern: „Statt der Reizung zu ernstere und würdiger Diskussion, wird der Hang zur Rohheit und Gewaltthätigkeit in den Volkssammlungen befördert.“ Ja, es gibt keine Schmach, welche der Verräther von Schweiger den Mitgliedern des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins nicht unterschreiben möchte. — Nun möge er sich zu Seinesgleichen faden: die Arbeiter, hat er schon genug ausgeplündert, und seine letzten Freunde, welche nicht daran glauben mochten, wie er mit dem Allgemeinen deutschen Arbeiter-Verein gespielt, werden ihn voraussichtlich jetzt sämtlich durchschauen, wenn er offen mit den „Ehrlichen“ gegen Lassalle's Organisation, gegen den Bestand des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins auftritt. — Glauben wir doch selbst, daß in der Eisenacher Partei ihm nicht lange wohl sein wird. Das Zusammenstehen des Herrn von Schweiger mit der Reaktion ist erwiesen; hat er doch selbst eingestanden, daß er Artikel für ein hochkonservatives Blatt geliefert. Da möchte denn auch im Eisenacher Lager bald ein bemerkliches Mißtrauen gegen die Vorschläge eintreten, welche ein von Schweiger macht, und welche der Polizei die Arbeiter auf dem Präsenteller bringen könnten. — Herr von Schweiger möge sich überhaupt vorsehen; die Geduld der Arbeiter ist lang, aber nicht unendlich.“

Und des langen Geschimpfes kurzer Sinn ist: „Schweiger ist ehrlich geworden.“ Mit dieser lächerlichen Ausflucht glauben die Berliner Führer des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins dem „Mitschuldig“ aus dem Wege gehen zu können. Gegen diesen Vorwurf, „ehrlieh geworden zu sein“ möchten wir Schweiger eigentlich in Schutz nehmen, wenn der Vorwurf nicht gar zu albern wäre, um ernstlich gemeint zu sein.

Freilich über die Schwachheit, über Alles, was auf unsere Partei irgendwie Bezug hat, endlich die Wahrheit zu sagen, ist die Redaktion des „Neuen Sozialdemokrat“ längst hinweg. Daß die Erklärung in Nr. 118 von dem „Vermischten“ in Nr. 147 mit Haut und Haar aufgeschmeißt wird, darf uns nicht wundern, und die Leser des „Sozialdemokrat“ sind an derartige Widersprüche schon so gewöhnt, daß man unwillkürlich an den „nothwendigen neuen Kompromiß“ in Lassalle's „Die Presse und die Arbeiter“ erinnert wird.

Doch diese Widersprüche mögen die Mitglieder des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins sich entzählen, für uns genügt es, zu konstatieren, daß die Führer des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins in den Artikeln Nr. 147 und 149 des „Neuen Sozialdemokrat“ vom 18. und 22. Dezember Alles, aber auch Alles eingeräumt haben, was wir seit dem Jahre 1869 schon behauptet Schweiger und die Mißleitung der Arbeiter überhaupt bezogen haben.

Und wir hatten unzweifelhaft ein Recht, das zu thun, denn wir hatten frei und offen und ohne jede andere Absicht als die, die sozialdemokratische Arbeiterbewegung von allen schädlichen Einflüssen frei zu halten, schon vor 3 Jahren das ausgesprochen, was heute aus Rücksicht auf ihr persönliches Interesse diejenigen Leute auszusprechen gezwungen sind, die damals mindestens eben so klar sehen mußten wie wir, die aber trotzdem noch jahrelang schwiegen, und nun erst, wo nur der Ausweg bleibt, entweder uns, den verhaßten „Ehrlichen“, Recht zu geben, oder mit ihrem Herrn und Meister zu stehen und zu fallen, mit einigen nichtigenden Ausreden zwar, aber leichten Sinnes sich zu Ersterem entschlossen. Natürlich schlen die Gehässigkeiten und Entstellungen und gegenüber dabei nicht.

Was nun das Manifest Schweiger's anbelangt, so bedarf es wol kaum der Erklärung, daß unsere Stellung zu dem Verfasser nach wie vor dieselbe ist, die wir schon 1869 eingenommen haben.

Wenn der „Neue Sozialdemokrat“ das Gegentheil behauptet, so darf und das nicht verwundern; er ist eben gezwungen, diese Verdächtigungen auszusprechen, um sich die ihm unbequemen Einigungsanträge vom Halse zu schaffen. Mag er sich dabei immerhin als den Hüter der Lassalle'schen Organisation ausgeben, Thatsache ist, daß diese schon sehr oft den Namen hergeben mußte, um recht „stramme“ Sonderbündeleien zur Förderung persönlicher Absichten zu verdecken.

Genug, wir wissen jetzt, daß die Leiter des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins die Vereinigung nicht wollen. Die Erklärung des Präsidenten Hasenleuer ist glücklicherweise so bestimmt gehalten, daß wir es und nicht verlagern können, dieselbe zu Aug und Fronnen der deutschen Arbeiterwelt höher zu setzen: Die Erklärung lautet: „Es liegt klar auf der Hand, daß von einer Vereinigung keine Rede sein kann, wenn zwei Parteiorgane bestehen bleiben, welche im gegenseitigen Konkurrenzkampf liegen, denn wenn auch nach einer „Vereinigung“ nicht offen angegriffen wird, so wird doch heimlich gewühlt; dies hat sich bei der Vereinigung mit dem Mendel'schen Verein gezeigt. Schweiger weiß dies auch sehr gut — und doch eine Einigung! — Wir haben jetzt an regelmäßig zahlenden Mitgliedern circa 12,000, mit denen aber, welche zeitweilig ihren Beitrag entrichten und mit den vielen Orten, welche der Verfolgungen halber keine Beiträge senden können, an 20,000 — was soll da also eine Einigung unter Aufhebung unserer Organisation mit einer Partei, welche nach ihrer Abschätzung laut Protokoll des Mainzer Kongresses 2000 Mitglieder besitzt?“

Nur noch eine Bemerkung. Nach der Notiz des „Neuen Sozialdemokrat“ soll der Allgemeine deutsche Arbeiterverein 12,000 regelmäßig zahlende Mitglieder haben. Gut, wir wollen das glauben. Dann aber wird der „Neue Sozialdemokrat“ sicher nicht bezweifeln, daß wir nur höchstens den siebenten Theil weniger Mitglieder haben können, was aus folgender Berechnung sich ergeben dürfte: Der Allgemeine deutsche Arbeiterverein hat laut letztem Ortsverzeichnis des Kassirers des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins in circa 135 Orten Mitglieder, und wohlgenannt, es sind in diesem Verzeichnis alle Orte, auch die angegebenen, wo wie z. B. in Schleswig-Holstein, das Zahlen inhibirt sein soll.

Wir haben in 116—120 Orten, also nur den neunten Theil weniger, Mitgliedschaften. Da wir aber zugeben, daß an einzelnen Orten, z. B. Hamburg, Altona, Berlin, Hannover die Mitgliedschaften des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins bedeutend stärker sind als in unsern Zentren der Bewegung, so wollen wir darauf hin dem Zahlenverhältnis des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins unseren Mitgliedschaften gegenüber 1000 Mitglieder mehr anrechnen, so daß wir zwar nur ein Neuntel weniger Mitgliedschaften, aber ein Siebentel bis ein Sechstel weniger Mitglieder haben, als der Allgemeine deutsche Arbeiterverein. Da indess der Präsident des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins am besten weiß, wie viele Mitglieder der Verein hat, so wird derselbe unter Zugrundelegung des Ortszahlenverhältnisses in den Stand gesetzt zu berechnen, wie viele Mitglieder wir haben. Des Präsidenten Hasenleuer's Angabe von nur 2000 Mitgliedern beweist, daß er die Unwahrheit behauptete, als er sich für diese Zahl auf das Protokoll vom Mainzer Kongreß berief. Herr Hasenleuer wird aus dem Protokoll gesehen haben, daß die Partei im letzten Jahre 2085 Thlr. 24 Sgr. 6 Pf. Beiträge aufgebracht hat, und

er kann daraus auf die numerische Stärke der Partei schließen, die etwa annähernd richtig geworden wäre, wenn derselbe beachten wollte, daß bei uns die ärmeren Mitgliedschaften, etwa ein Drittel der Zahl, nur 1/3 Sgr. Parteibeitrag pro Mitglied zu zahlen haben. Doch lassen wir das auf sich beruhen. Die Einigung der deutschen Arbeiterpartei wird sich vollziehen auch gegen den Willen der Herren Hasenleuer, Hasenleuer; und dürfte — wir müßten uns denn sehr täuschen — mit Ende des eben begonnenen Jahres eine vollendete Thatsache sein.

Im Vertrauen auf die Erfüllung unseres Wunsches rufen wir der geeinigten Sozialdemokratie Deutschlands zu: Glückauf zum neuen Jahr.

Organisation und Agitation.

Konkurrenz dem (Mainzer) Protokoll d. Kongresses der soz.-dem. Arbeiterpartei. Referent: Unter Programm, das Programm der sozialdemokratischen Arbeiterpartei, ist in wenig Worten zusammen zu fassen. Diese wenigen Worte: „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ sind von Allen nicht nur eine heilige Erinnerung an die glorreiche Revolution von 1789, sondern auch der Grundgedanke oder die Grundidee unseres Programms, welches meine Rede vorläufig ausführlich erläutern haben.

Meine Freunde! Meine Aufgabe ist: die Nothwendigkeit einer einheitlichen Organisation und Agitation nachzuweisen. Punkt 5 unseres Programms lautet: „Zu erwägen, daß die politische und ökonomische Befreiung der Arbeiterklasse nur möglich ist, wenn diese gemeinsam und einheitlich den Kampf führt, gibt sich die sozialdemokratische Arbeiterpartei eine einheitliche Organisation“, und ich nehme keinen Anstand, zu behaupten, daß gerade dieser Punkt der wichtigste ist, daß dieser Punkt gewissermaßen den Tragballen des gemeinsamen Programms bildet, den zu zimmern unsere erste Aufgabe sein muß, ehe wir an die Verwirklichung aller übrigen Punkte denken können.

Es würde zu weit führen, das Wesen der verschiedenen Organisationen zu erörtern, deren Form und Art zu besprechen. Für uns genügt es, den Nachweis zu führen, daß die sozialdemokratische, die Arbeiterpartei überhaupt, nur durch eine einheitliche, zentralistische Organisation zum Siege gelangen kann.

Ganz abgesehen davon, daß der Drang der geschichtlichen Entwicklung und auf die Zentralisation hinweist, abgesehen davon, daß alle Einrichtungen im Staats- und Gesellschaftsleben nur dann greifbar und folge aufzuweisen haben, ja oft genug dann überhaupt erst lebensfähig sind, wenn sie einer Zentralleitung unterstellt, in eine einheitliche Organisation zusammengefaßt wurden, wie das in 100 Beispielen in dem Buch: „Der Post, den Eisenbahnen, dem Militärwesen überhaupt“ mehr noch aber bei der Großindustrie, dem Fabrikwesen, das sich ohne einheitliche Organisation überhaupt nicht denken läßt, nachgewiesen werden kann.

Darüber kann also kein Zweifel mehr obwalten, und jeder denkende Arbeiter, jeder Parteigenosse, der nicht bloß den Namen Sozialdemokrat führt, sondern in der That Einer ist, muß es für seine höchste Pflicht betrachten, einer solchen Organisation beizutreten. Aber wie muß diese beschaffen sein? Könnte man fragen. Nun, die Antwort ist nicht schwer. Weder die auf blindem Glauben beruhende Autorität der Kirche, noch die durch Krieges- und Standrecht Geheißam erzwingende und den Menschen zum willen- und selbstlosen Maschine herabwürdigende, wenn ich so sagen darf, absolute Organisation des Militärs, noch auch die auf die Unfreiheit der Arbeiter basirte, durch drakonische Haftstrafe und — der Hunger Geheißam erzwingende Organisation der modernen Industrie ist unser Ideal, nicht der äußere Zwang, nicht der blinde Glaube an eine außer uns stehende Autorität ist das Band, welches unsere Organisation zusammenhält, nein, diese ist vielmehr jenseitig, und basiert auf der, in der Erkenntnis der Nothwendigkeit beruhenden freiwilligen Unterordnung des Einzelnen unter den ausgesprochenen Willen der Gesamtheit und wird zusammengehalten durch das Selbstbewußtsein Aller, welches jeden Einzelnen durchdringt und verpflichtet, den im gemeinsamen Interesse getroffenen Anordnungen und Maßnahmen der freigewählten Zentralleitung nachzukommen, ja veranlaßt diese Anordnungen als seinen eigenen Meinungsaustruck zu betrachten.

Die Freiheit Aller, aber diese Freiheit, beschränkt durch die Autorität unserer Organisation, ist die Grundlage unserer Organisation, die, wie eine demokratische, nichts desto weniger eine zentralistische, streng einheitliche sein kann, ja sein muß.

Nun gibt es allerdings Erfolge, durch welche die Organisation der Arbeiter verhindert werden soll. Allein diese reaktionären Vereinsgesetze, die verbieten, daß politische Vereine mit einander in Verbindung treten, verhindern nur eine föderative Organisation der Arbeiterpartei, und da und bis jetzt noch kein Gesetz existirt, welches für verboten und strafbar erklärt, was nicht erlaubt ist, sind wir so frei und halten für erlaubt, was nicht verboten ist und geben uns an Stelle der verbotenen föderation, die nicht verboten, also erlaubte zentralistische Organisation, die vorzuziehen unter Anderem auch den Vorzug hat, daß sie, weil im Wesen der Sozialdemokratie mit begründet, einmal fleisch und Blut geworden, nicht verboten, höchstens mit der Sozialdemokratie ausgetrieben werden könnte — ich meine, den Versuch können wir sehr ruhig abwarten.

Meine Freunde! Ich glaube, den Nutzen und die Vorzüge unserer einheitlichen Organisation in großen Umrissen nachgewiesen zu haben und bedauere nur, wenn trotzdem viele, sich Sozialdemokraten nennende Arbeiter, die dies begriffen haben, sich unserer Organisation nicht anschließen und mit den leeren Aussichten: „ich bin ja ganz damit einverstanden, aber ich komme immer noch sehr wenig, auf Einen mehr oder weniger kommt es doch nicht an, wenn einmal ernstlich Noth thut, dann bin ich auch dabei“ und wie diese traurigen Redensarten alle lauten, bekämpfen wie wenig sie den Namen Sozialdemokrat in der That verdienen. Leute, die erndten wollen ohne zu säen, die, ohne die Mühe und Arbeit, um einem Worte, ohne die Opfer der Agitation mit zu übernehmen, an den Resultaten theilhaben wollen, gleichen auf ein Haar den Bourgeois, die wir, und mit Recht bekämpfen.

Allerdings kommt es darauf an, daß Jeder, der unser Programm anerkennt, Erbet, der sich Sozialdemokrat nennt, auch unserer Organisation anschließe, denn nur dann, wenn wir halt Laufende, Hunderttausende bewährte Streiter in unsern Reihen zählen, wird man den gerechten Forderungen unseres Programms Rechnung tragen, richtigen Rechnung tragen müssen.

Meine Freunde! Wenn Sie bedenken, welchen gewaltigen Fortschritt die Bewegung seit zehn Jahren, wo Lassalle das Banner der Sozialdemokratie in Deutschland von Neuem entrollte, gemacht hat, wenn Sie zurückdenken, wie traurig es damals um das Klassenbewußtsein der Arbeiter bestellt war und wie im Gegensatz dazu das erwachte Klassenbewußtsein der Arbeiter und der von diesem Bewußtsein getragene Geist der Sozialdemokratischen Zeichen und Wunder geschehen läßt, die für Jeden, der sehen will, allüberall vor Feuerzeichen die schreckliche Nacht des Stenids und der Entbehrung, des Verdamnung und Entmenschung die, lang, lang auf der Arbeiterklasse der Klasse des enterkten und bekümmerten Proletariats sich gelagert haben zu hellen beginnen oder als Lichtstrahlen das aufglühende Morgenroth eines schöneren Tages verkünden, dann werden Sie einräumen, daß schon Viel, sehr Viel gewonnen ist und werden mit neuem Muth und neuer Anversicht weiterkämpfen den guten Kampf, den wir begonnen haben und fortzukämpfen wollen, bis endlich der letzte Schatten der Dämmerung gewichen, der letzte Sieg errungen sein wird.

Darum lassen Sie uns in eifriger Agitation täglich, fründlich beizustreben sein, unserm Programm in immer weiteren Kreisen Anerkennung zu verschaffen, unserer Organisation immer neue thätigere Mitglieder zuzuführen, unserer Partei immer rüstigere Streiter anzuwerben. Wenn wir so, jeder Einzelne von uns, den ersten Christen gleich, das Evangelium der Besserlösung durch Wort und Schrift, in Hand und Werkthat, in Stadt und Land, in den engen Kreisen der Familien, sowie in öffentlichen Versammlungen verbreiten und keine Gelegenheit vorbeigehen lassen ohne unserer Partei Anhänger zu gewinnen, dann werden wir das Ziel unseres Strebens in kurzer Zeit erreicht haben.

Darum geloben wir uns, hochzuhalten das Programm der sozialdemokratischen Arbeiterpartei, hochzuhalten die einheitliche Organisation und auszuüben in jeder Agitation für die Verwirklichung unserer Prinzipien.

Leipzig: Verantw. Redakteur R. Seiffert. (Redaktion und Druckerei des „Sozialdemokrat“.) Druck und Verlag der Genossenschaftsdruckerei.